

## 20

Bonn, Montag 2. September 1968

*Sprecher: Blank, Dufhues, Gerstenmaier, Hahn, von Hassel, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Lemmer, Niermann, Rathke, Röder, Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker.*

*Bericht zur Lage. Aussprache.*

*Beginn: 18.30 Uhr*

*Ende: 22.50 Uhr*

### BERICHT ZUR LAGE

*Kiesinger:* Meine Herren! Herzlich willkommen! Ich habe trotz äußerst bedrängter Geschäftslage dem Wunsche einiger Mitglieder des Bundesvorstands Rechnung getragen, für den ich volles Verständnis habe, heute noch eine solche Sitzung abzuhalten, um Sie über den Stand der Lage im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei zu unterrichten. Sie wissen, wir haben heute, morgen und übermorgen die Beratungen über den Haushalt 1969 und die Mittelfristige Finanzplanung. Sie können sich denken, daß das – wie immer – ein sehr hartes und langwieriges Geschäft ist.

Dazu kam, daß sich heute der sowjetrussische Botschafter bei mir angesagt hatte, um eine Mitteilung seiner Regierung zu überbringen, die natürlich mich und das Kabinett beschäftigt hat.<sup>1</sup>

Sie kennen den Gang der Ereignisse. Ich brauche jetzt unsere Zeit nicht dadurch zu belasten, daß ich noch einmal eine Zeittafel aufführe und sage, das und das ist passiert. Man kann heute rückblickend sagen, daß es der Sowjetunion darum geht, die eisernen Klammern um das, was sich das sozialistische Lager nennt, noch viel brutaler zu spannen als bisher. Sie hat das Risiko einer moralischen und politischen Isolierung auf sich genommen durch ihre Invasion oder Okkupation der Tschechoslowakei.

Was sich zwischen ihr und Rumänien zur Zeit abspielt, das kann noch nicht genau gesagt werden, aber ich wage die Prognose, daß die Rumänen reumüdig in das Vaterhaus zurückkehren werden, so daß auf diese Weise ein Einmarsch, eine Invasion vermieden werden wird. Die Nachrichten darüber sind verständlicherweise vielfältig und verwirrend. Es sah über das Wochenende, wo man ständig zugeschüttet wurde mit Nachrichten, Gerüchten, Pressemeldungen, Telegrammen von Botschaften usw., so aus, daß sich eine ähnliche Lage ergeben hatte wie vor dem Einmarsch in die Tschechoslo-

---

1 Protokoll des Gesprächs mit Botschafter Zarapkin in AAPD 1968 Nr. 277. – Anlaß war die militärische Intervention der Sowjetunion und weiterer Staaten des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei am 21. August 1968.

wakei, so daß nur auf den Knopf gedrückt zu werden brauchte, um dieselbe Aktion zu wiederholen, die in der Tschechoslowakei stattgefunden hat.<sup>2</sup>

Sehr bezeichnend ist die große Aufregung, die in Belgrad zu herrschen scheint. Charakteristisch ist folgendes: Als ich mein nun wahrhaftig vorsichtig formuliertes Interview im Südwestfunk<sup>3</sup> gab, haben drei jugoslawische Zeitungen dieses Interview angegriffen, und zwar im Blick auf die Deutschlandfrage; die Grenzen in Europa seien gut und fest gezogen, und was ich da gesagt habe, das seien eben Kreuzzeugsmethoden, Methoden des Kalten Krieges, und ich versuche, im trüben zu fischen. Das sind drei Zeitungen gewesen. Das hat aufgehört, nachdem wir den jugoslawischen Geschäftsträger kommen ließen und ihm in sehr deutlicher Form sagten, was wir von dieser Methode hielten. Aber die Informationen, die ich auf andere Weise von Herrn Tito<sup>4</sup> bekomme, die sind nun genau konträr.

Ich würde nicht so weit gehen, um nun zu sagen, daß es fast so aussieht, als wäre Tito bereit, morgen Mitglied der NATO zu werden, aber zumindest wäre eine sarkastische Bemerkung dieser Art nicht fehl am Platze. Er macht offenbar den Amerikanern ziemliche Vorwürfe, daß sie zu weich reagiert hätten, sucht aber zur gleichen Zeit nach außen um gut Wetter in Moskau nach. Das ist für die Beurteilung der Lage außerordentlich kennzeichnend. Die Formel, die in Belgrad umgeht, ist die, die sowjetrussische Reaktion oder Politik sei nicht mehr kalkulierbar, alles sei möglich. Ich würde diesen Satz, daß sie nicht kalkulierbar sei, nicht unterschreiben.

Der Schritt, den die Sowjetunion uns gegenüber heute unternommen hat, läuft darauf hinaus – das ist der entscheidende Teil –, uns zu sagen, daß auch die Zone, die DDR, ein Staat sei, der zur sozialistischen Familie gehöre, und es werde niemandem gestattet werden, irgendein Mitglied der sozialistischen Familie, auch nicht die DDR, aus dieser Gemeinschaft zu lösen. Uns wird der Vorwurf gemacht, daß wir dies versuchten, d. h. es werden die DDR, die Tschechoslowakei und Rumänien in eine Reihe gestellt. Das ist in der Sache selbst nicht neu, aber es gewinnt eine neue Färbung im Zusammenhang mit den Ereignissen drüber und dem, was sich zur Zeit zwischen Rumänien und der Sowjetunion abspielt. Dort sollen in den letzten 48 Stunden ununterbrochene Verhandlungen durch Telefon gewesen sein, d. h. der Botschafter Rumäniens arbeitet ständig mit Weisungen versehen in Moskau.

---

2 Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien am 31. Januar 1967 war von den Warschauer Paktstaaten als ein Mangel der Solidarität gegenüber der DDR kritisiert worden. An der Karlsbader Konferenz der kommunistischen Parteien vom 24.–26. April 1967 hatte Rumänien nicht teilgenommen. Das Vorgehen der Sowjetunion in der Tschechoslowakei war von Rumänien heftig kritisiert worden, vgl. AAPD 1968 S. 1062 Anm. 8.

3 Am 25. August 1968, vgl. DzD V/2 S. 1136. Vgl. auch BPA-Mitschrift vom 25. August 1968.

4 Josip Broz Tito (1892–1980), jugoslawischer Politiker; 1934 Mitglied des ZK der KP Jugoslawiens, 1937 Generalsekretär der KP, 1943 Vorsitzender des Nationalen Befreiungskomitees und Marschall, 1945–1953 Ministerpräsident und Staatschef, 1953–1980 Staatspräsident.

Zur Zeit liegen Meldungen vor, daß das ZK in Moskau zusammengerufen worden sei. Die Vermutungen, die darüber angestellt werden, sind die, man sei sehr besorgt über die Aktion des Auslandes über das sowjetrussische Vorgehen. Ich kann das nur als eine Vermutung bezeichnen. Ich bin nicht geneigt zu glauben, daß diese Sorge so groß sei. Die Sowjetunion mußte sich darüber klar sein, welche Auswirkungen ihr Vorgehen in der ganzen Welt haben werde. Sie versucht nach der Methode „Haltet den Dieb!“ der Bundesrepublik besondere Vorwürfe zu machen. Sie hat das zwar auch in ihren Vorstellungen gegenüber den USA getan; nur die Mitteilung an die USA-Regierung kennen wir. Die anderen an Paris, London und Rom sind uns ihrem Inhalt nach noch nicht bekannt. Dort hat man es als einen unfreundlichen Akt bezeichnet, daß die Angelegenheit von den Vereinigten Staaten vor den Sicherheitsrat gebracht worden sei.<sup>5</sup>

Uns wird in der Mitteilung folgender Passus vorgeworfen, den ich wörtlich vorlesen möchte; natürlich mit der Bitte um strengste Vertraulichkeit. Ich sage immer, was kann man als gesicherte Vertraulichkeit ansehen. (*Gerstenmaier*: Das steht bereits im „*Spiegel*“!<sup>6</sup>) Aber nicht alles! (*Unruhe*.) Nun, ich muß sagen, ich kann ja meinem eigenen Parteivorstand schließlich eine so wichtige Intervention der Sowjetunion nicht vorenthalten. In einer Mitteilung, die noch einmal das Vorgehen in der Tschechoslowakei erklärt, wird mit der bekannten Argumentation zu rechtfertigen versucht, daß – heißt es diesmal vorsichtiger – die Intervention von tschechoslowakischer Seite bestellt worden sei; wenn ich mich recht erinnere und wenn richtig übersetzt worden ist. Das wird also alles wiederholt, und dann wird auf uns eingegangen. Da heißt es: „Die feindselige Haltung, welche die Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion und den verbündeten sozialistischen Ländern im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen um die Tschechoslowakei eingenommen hat, ist natürlich von der sowjetischen Regierung bemerkt worden. Eine derartige Haltung kann lediglich als eine neue Bestätigung dafür dienen, daß die Politik der Bundesregierung und ihre Aktionen den deutlichen Stempel aus der Vergangenheit herrührender Tendenzen tragen, die in ihrer ungeschminktesten Form in der Tätigkeit der sogenannten Nationaldemokratischen Partei und anderer ähnlicher Strömungen in der Bundesrepublik zutage treten.“

Sollte die Bundesregierung immer noch nicht ihre Absicht aufgegeben haben, einen außenpolitischen Kurs zu steuern, der gegen dieses oder jenes sozialistische Land oder gegen die gesamte sozialistische Gemeinschaft gerichtet ist, so wird sie die Verantwortung für die Folgen eines derartigen Kurses zu übernehmen haben.“

Das ist die eigentliche Drohung, die in dem Papier enthalten ist.

„Die sowjetische Regierung möchte hoffen, daß in der Politik der Bundesregierung die Elemente der Vernunft und der nüchternen Einschätzung der in Europa bestehenden Lage die Oberhand gewinnen werden. Die Sowjetunion sucht keine Komplikationen mit irgendeinem Staat und auch nicht mit der Bundesrepublik Deutschland. Die reale Grundlage für eine derartige [sic!] Verbesserung der Beziehungen kann jedoch nur dar-

---

5 Vgl. AdG 1968 S. 14148–14151.

6 Vgl. „*Spiegel*“ vom 2. September 1968 „Parteien: Nicht opportun. CDU/FDP/NPD“.

in bestehen, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Versuche, die in Europa bestehenden Grenzen zu ändern, die Sicherheit der sozialistischen Länder zu verletzen und sich in deren innere Angelegenheiten und in die Beziehungen der sozialistischen Länder untereinander einzumischen, in eindeutiger Form aufgibt ... Die sowjetische Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie von dem Wunsche erfüllt ist, die zwischen ihr und anderen Ländern bestehenden Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Berücksichtigung rechtmäßiger Ansprüche und Interessen zwecks Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt zu unterhalten und weiterzuentwickeln. Dies gilt natürlich auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Von der Bundesregierung wird es daher in erster Linie abhängen, wie sich der gegenwärtige Zustand und auch die Aussichten für die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen entwickeln werden. Wer die gegenwärtige Lage dazu ausnützen möchte, um den Geist des Kalten Krieges wieder zu beleben, die Spannungen in Europa und in der Welt zu erhöhen, die Lösung akuter internationaler Probleme zu erschweren und um das Wettrüsten zu forcieren, sollte nicht vergessen, daß heutzutage, wo sich das Kräfteverhältnis in der Welt von Grund auf geändert hat, derartige Kalkulationen nichts Gutes verheißen.“<sup>7</sup>

Vielleicht stelle ich Ihnen nun am besten die Situation dar, was ich dem sowjetischen Botschafter gesagt habe; denn das enthält auch die Darstellung unserer eigenen Haltung und unserer eigenen Aktionen im Zusammenhang mit der tschechoslowakischen Krise und überhaupt im Zusammenhang mit unserer Ostpolitik.

Ich habe gesagt: Unsere Haltung während der Ereignisse in der ČSSR seien in keiner Weise feindselig gegenüber der Sowjetunion gewesen. Die drei Punkte der Kritik, die in diesem Papier enthalten seien, nämlich, die realen Grundlagen für eine Verbesserung der Beziehungen könnten nur darin bestehen, daß 1. die Bundesregierung nicht versuche, die Sicherheit der sozialistischen Länder zu verletzen, 2. sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen, 3. sich in die Beziehungen der sozialistischen Länder untereinander einzumischen, seien völlig gegenstandslos, weil die Bundesrepublik dies niemals gewollt und auch niemals durch die geringste Aktion versucht habe.

Ich habe ihm gesagt, wir hätten niemals den Versuch gemacht, uns in die inneren Verhältnisse eines sozialistischen Landes einzumischen; er solle mir sagen, wo dies geschehen sei. Ganz gewiß hätten wir das nicht in der Krise der Tschechoslowakei getan. Ich hätte mich im Gegenteil auf das behutsamste verhalten und hätte in einem Gespräch mit dem Außenminister am 17. Juli ausdrücklich gebeten<sup>8</sup>, dasselbe zu tun, was ich in den Reihen meiner eigenen Partei zu tun gedachte, nämlich diese Besucherwelle, die dann in die Tschechoslowakei anlaufen könnte, während dieser Ereignisse in der Tschechoslowakei zu stoppen, um niemandem Anlaß zu geben, uns den Vorwurf zu

<sup>7</sup> Vgl. Anm. 1. Vgl. zum Text der zitierten sowjetischen Mitteilung ACDP 01–226–289; die zitierten Passagen stammen aus einer für Kiesinger angefertigten Abschrift, die nicht wörtlich mit der Originalübersetzung übereinstimmt (hier korrigiert). Vgl. auch AAPD 1968 S. 1069 f. Anm. 2.

<sup>8</sup> Vermutlich am 9. Juli 1968 – vgl. dazu Brandt an Kiesinger vom 15. Juli 1968 (AAPD 1968 Nr. 221 sowie S. 931 Anm. 8).

machen, wir hätten uns in die inneren Verhältnisse eingemischt. Das Ganze sei ein Vorgang gewesen, den wir mit äußerstem Interesse und äußerster Anteilnahme verfolgt hätten. Im übrigen hieße es, unsere Intelligenz und unseren Friedenswillen beträchtlich zu unterschätzen, wenn die Sowjetunion etwa annehme, daß wir für unsere Politik etwas Günstiges darin sehen könnten, Länder aus dem sozialistischen Lager auszubrechen.

Ich hätte bei vielen Gelegenheiten immer wieder betont, daß es uns um gar nichts anderes gehe, als unsere Beziehungen zu allen Mitgliedern des sozialistischen Lagers zu verbessern und Mißtrauen und Furcht zu überwinden. Es hätte uns auch ferngelegen, Einfluß zu nehmen auf die politische Haltung dieser Länder in den für die Sowjetunion entscheidenden Fragen. Wir hätten bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen oder bei der Besserung unserer Beziehungen zur Tschechoslowakei beim Abschluß eines Handelsvertrages nicht gefordert, daß diese Länder ihren mit der Sowjetunion übereinstimmenden Standpunkt zur Deutschlandfrage, also zur Existenz eines zweiten deutschen Staates, aufgäben. Die Vorwürfe, die in dieser Hinsicht erhoben würden, seien vollständig gegenstandslos.

Was den Vorwurf angehe, wir versuchten, die in Europa bestehenden Grenzen zu ändern, so dürfte ich seine Erinnerungen auffrischen und ihm alles das ins Gedächtnis rufen, was wir z. B. zur Frage unseres Verhältnisses zu Polen gesagt haben, und zwar im Laufe der letzten 20 Monate mit Zustimmung der Vertriebenenverbände; eine Lösung, die von beiden Ländern akzeptiert werden könnte, also auch von Polen: Regelung im Friedensvertrag, aber man kann vorher darüber über mögliche Lösungen sprechen, Verständnis für den Wunsch des polnischen Volkes, in gesicherten Grenzen zu leben, und ganz gewiß nicht eine Wiederholung von Vertreibungen.

Ich sagte ihm, er solle sich das alles einmal zusammenrechnen und dann in der Praxis vorstellen, wieweit wir hier gegangen seien. Es gebe keine Grenzstreitigkeiten mit der Tschechoslowakei. Wir hätten zwar nicht anerkannt und könnten nicht anerkennen das sowjetische Abkommen [sic!], das von Anfang an rechtlich nichtig gewesen sei.<sup>9</sup> Dieser Ansicht seien ja auch andere Länder. Aber wir hätten politisch klipp und klar erklärt, daß wir uns politisch auf dieses Abkommen nicht mehr stützen würden.

Nun bleibe übrig die Deutschlandfrage. Ich müsse ihn fragen, ob hier ein neues Element der sowjetrussischen Deutschlandpolitik sichtbar werde; denn bisher hätte ich angenommen, daß auch die Sowjetunion als schließliches Ziel eine Wiedervereinigung der Deutschen in einem Lande nicht ausgeschlossen habe. Nach meiner Meinung könne man einer Politik, die diese Trennung mit friedlichen Mitteln auf dem Wege von Verhandlungen und der Verständigung zu überwinden suche, nicht den Vorwurf machen, daß sie irgendwelche Grenzen in Europa verändern wolle.

Diese Frage nach einem möglichen neuen Element der sowjetrussischen Politik brachte ihn in eine gewisse Verlegenheit. Er verwies dann prompt auf diese allgemeine Aussage, es werde niemandem gestattet, irgendein Mitglied der sozialistischen Völkerfamilie auszubrechen. Das bedeutet also klipp und klar: Es gibt keine Wiedervereini-

9 Gemeint ist das Münchener Abkommen vom 29. September 1938, vgl. AAPD 1968 S. 1072.  
Vgl. auch Nr. 10 Anm. 7.

gung; es sei denn, daß die Voraussetzungen dafür gegeben seien, daß damit keine Auseinandersetzung dieses angeblichen zweiten deutschen Staates aus der sozialistischen Völkerfamilie gemeint sei. Das ist nicht neu. Das muß ich betonen. Aber es wurde in diesem Zusammenhang noch einmal ganz klar herausgestellt.

Es ging dann weiter hin und her. Ich sagte ihm, wenn im übrigen unsere Versuche, das atlantische Bündnis zu stärken, von der Sowjetunion als ein feindseliger Akt bezeichnet würde, der sich gegen die Sicherheit irgendeines sozialistischen Landes oder der gesamten sozialistischen Völkerfamilie richte, dann müsse ich das auf das entschiedenste zurückweisen. Die NATO sei bekanntlich ein reines Defensivbündnis. Wir ließen schon im Interesse unserer eigenen nationalen Frage dieses Bündnis nie dazu benützen, um mit militärischen Interventionen unsere nationale Frage zu lösen, weil wir wüßten, daß sie so nicht zu lösen sei. Dieses Bündnis habe keinen anderen Zweck, als uns vor möglichen militärischen Aktionen einer anderen Seite zu schützen. Wir wären nur zu froh, wenn wir im Wege einer gleichzeitigen gegenseitigen und gleichwertigen Abrüstung auch zu einem Abkommen in diesem Bündnis kommen könnten.

Der Botschafter drückte dann sein Bedauern darüber aus, daß ich sagte, wir würden unsere bisherige Politik fortsetzen, denn sie sei gut und richtig gewesen. Er erklärte, so könne es doch nicht zu einer Besserung der Beziehungen kommen. Ich solle doch das Vergangene einmal vergangen sein lassen; so ähnlich drückte er sich aus. Das Entscheidende – und darauf lenkte er meine Aufmerksamkeit – sei die Zukunft und wie wir unsere Beziehungen verbessern könnten.

Ich sagte ihm darauf: Diese drei übrigen Punkte bildeten wahrhaftig keine Schwierigkeiten zwischen den Beziehungen unserer beiden Länder. Zu dem Punkt hinsichtlich der angeblichen Tendenz zur Veränderung der Grenzen in Europa hätte ich bereits das Nötige ausgeführt. Natürlich wünschten auch wir ordentliche Beziehungen mit der Sowjetunion, aber diese Beziehungen könnten nur solche sein, die die vitalen Interessen beider Seiten respektierten.

Damit war das Gespräch beendet. Der Botschafter bat, wir sollten diese Mitteilung gründlich studieren und dann gelegentlich darauf antworten. Das ist also die Auseinandersetzung. Wenn das Dokument gegenüber dem, was bisher gesagt worden ist in Moskau, in Bukarest, in Prag und in Karlsbad, auch nichts wesentlich Neues enthält, so erhält es seine Beleuchtung dadurch, daß es in dem Augenblick vorgetragen wird, wo die Dinge in der Tschechoslowakei und in Rumänien passieren. Es ist zweifellos nicht nur an uns allein adressiert, sondern es sieht als Adressaten auch andere Mitglieder der sozialistischen Familie, nämlich Rumänien und andere, an.

Aus welchen Gründen auch immer, aus ideologischen, aus rein machtpolitischen oder aus beiden zusammen – das letzte dürfte das Richtige sein –, sehen sie sich veranlaßt, ihr Imperium fester als je zusammenzuzwingen. Daß in dieser Lage der Westen nicht intervenieren würde, vor allen Dingen militärisch nicht, war vorauszusehen. Es ist ja eine längst feststehende Tatsache, daß die beiden Supermächte ihre Interessensphären in solchen Fällen nolens volens – die eine so, die andere auf ihre Weise, allerdings mit Ausnahmen – zu respektieren pflegen. Wer das Nötige dazu einmal nachlesen will

von einem wirklich klugen Amerikaner, der soll das entsprechende Kapitel aus dem Buch „The discipline of power“ von Georg W. Ball<sup>10</sup> studieren, wo diese Frage frank und frei – schon seit Dulles Zeiten – besprochen wird. Er macht auch schon Dulles den Vorwurf, das sei alles ein Betrug gewesen, daß von Befreiung geredet worden sei. Man habe schon damals gewußt, daß dies nicht möglich sei. Er kritisiert das weiter nicht, sondern sagt: Das ist ein Ergebnis der militärischen Gegebenheiten, daß eine solche militärische Intervention nicht erfolgen kann, wenn der andere durch seine militärische Präsenz die absolute Überlegenheit besitzt.

Nun, die Intervention könnte natürlich politischer Art sein. Sie ist zunächst außerordentlich behutsam von seiten des Westens, von seiten Amerikas, erfolgt. Das hat sich inzwischen ein wenig verstärkt, und die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten sind deutlicher geworden, aber man wird immer noch von einer außerordentlich behutsamen Sprache Amerikas der Sowjetunion gegenüber reden müssen.

Sie wissen, daß der Versuch – wir haben ja gerade den Vorsitz dort –, eine Sitzung der Westeuropäischen Union zustande zu bringen, am französischen Widerstand gescheitert ist. Ich habe dann in einer meiner ersten Stellungnahmen eine Konferenz der NATO-Regierungschefs vorgeschlagen. Die Reaktion war nicht ganz so, wie sie in den Meldungen zum Ausdruck kam. Die Amerikaner haben von vornherein die Idee nicht etwa abgewiesen; es kam sogar die Nachricht, daß sie sich selber schon mit einem solchen Gedanken getragen hätten. Inzwischen hat sich der Gedanke weiterentwickelt. Heute wird ernsthaft erwogen, eine solche Gipfelkonferenz anzustreben, vorbereitet durch eine Konferenz der Außen- und der Verteidigungsminister. Ich bekam heute in einem Artikel der „New York Times“ eine ganz entscheidende Hilfe, in dem entschieden für eine solche Konferenz – vorbereitet durch eine Außenminister- und Verteidigungsministerkonferenz – plädiert wird.<sup>11</sup>

Ich habe den Vorschlag auch in der Weise gemacht, um zunächst einmal diesen „Pfahl“ einzuschlagen, weil ich dachte, daß sonst die Reaktion so verlaufen werde, wie man es befürchten mußte. Es ist also durchaus möglich, daß es zu einer solchen Konferenz kommen wird. Die Bedenken, die zunächst von der einen oder anderen Seite im NATO-Rat dagegen vorgetragen wurden, die man auch in Washington hörte, waren verschieden motiviert. Der Kanadier – sehr contre cœur nebenbei –, der in Brüssel sitzt<sup>12</sup>, muß natürlich die Politik des neuen Herrn<sup>13</sup> da drüben vortragen, und die ist entschieden NATO-unfreundlich. Er erklärte, man dürfe das jetzt nicht machen, sonst bekämen

10 „The discipline of power: essentials of a modern world structure“. Boston 1968. Deutscher Titel: „Disziplin der Macht: Voraussetzungen für eine neue Weltordnung“. Frankfurt/Main 1968.

11 NATO-Ministerratstagung am 15./16. November 1968 in Brüssel, vgl. AAPD 1968 Nr. 382. – Tagung des Rats der Ständigen Vertreter der WEU am 14. Februar 1969 in London ohne Teilnahme des französischen Botschafters, vgl. ADG 1969 S. 14507; AAPD 1969 Nr. 61, 65, 67.

12 Ross Campbell (geb. 1918), kanadischer Diplomat; 1967–1972 Botschafter bei der NATO. – Vgl. AAPD 1968 Nr. 268 S. 1046f.

13 Pierre Trudeau hatte am 20. April 1968 Lester B. Pearson im Amt des kanadischen Premierministers abgelöst. – Vgl. Nr. 26 Anm. 79.

die ganzen Vorgänge den Charakter eines Ost-West-Konflikts. Im übrigen müsse Kanada ohnehin seine ganze Verteidigungspolitik überprüfen. Andere sagten, so eine Regierungskonferenz hat auch ihre Risiken. Wenn sie nicht richtig vorbereitet ist, kann das, was hinterher passiert, schlimmer aussehen als das, was vorher war. Dann, wie soll es mit Frankreich werden? – Das sind ernstzunehmende Bedenken.

Deswegen ist der Gedanke einer Vorbereitung durch eine Außenminister- und Verteidigungsministerkonferenz ausgezeichnet. Ich habe auch nie an etwas anderes gedacht als an eine wohlvorbereitete Konferenz. Die Amerikaner sind in besonderen Schwierigkeiten. Grewe<sup>14</sup> sagte mir eben in einer Unterhaltung über dieses Problem etwas, was ich von Anfang an angenommen hatte, was mir hochinteressant war. Er sagte, ihm scheine es so, als ob Johnson sich beide Wege offenhalten will; den einer Begegnung mit Kossygin. Das würde er wahrscheinlich vorziehen mit dem Blick auf die amerikanische Wahl. Wenn dies aber nicht zustande komme, dann passe ihm unter Umständen die Einberufung einer solchen Gipfelkonferenz auf der anderen Seite ganz gut ins Konzept. Eine ähnliche Überlegung hat er mir gegenüber auch gemacht, als ich ihm diesen Vorschlag unterbreitete. Also, für die Amerikaner ist die Sache sehr schwierig. Die Wahl findet am ersten Dienstag, das ist am 5., im November statt. Die Frage ist also, wann kann man das machen? Von amerikanischer Seite hört man, das kann man eigentlich nur vor der Präsidentenwahl machen, nach der Präsidentenwahl geht es nicht mehr. Im Januar 1969 tritt der neue Präsident sein Amt an. Wer soll es dann machen? (*Lebhafte Unruhe.*) Wenn Humphrey<sup>15</sup> gewählt werde, dann ginge es auch nach der Präsidentenwahl. Dann könnte er zwar noch nicht als gewählter Präsident, aber doch als amtierender Vizepräsident diese Verhandlungen führen. Werde dagegen Nixon<sup>16</sup> gewählt, dann sei bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten eine solche Konferenz nicht denkbar.

Das war einer der Vorschläge. Sie haben ja gelesen, Mansfield und andere haben erklärt, sie würden jetzt ihre Forderungen zurückstellen.<sup>17</sup> Also, das, was sich die Amerikaner vorgenommen hatten, haben sie praktisch getan. Was jetzt noch hier ist, ist unerheblich. Das sind keine Kampftruppen, sondern es sind 2.000 Mann zur Abwicklung.

14 Prof. Dr. Wilhelm Grewe (1911–2000), Hochschullehrer und Diplomat; 1945 Professor an der Universität Göttingen, 1947 Professor in Freiburg, 1951 Sonderbevollmächtigter bei den Verhandlungen zum Deutschlandvertrag, 1955 Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt (Ministerialdirektor), 1958–1962 Botschafter in Washington, 1962–1971 Botschafter bei der NATO, 1971–1976 Botschafter in Japan und ab 1974 zugleich in der Mongolischen Volksrepublik. Memoiren: Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt. Frankfurt/Main 1979.

15 Hubert Horatio Humphrey Jr. (1911–1978), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1949–1964 Mitglied des Senats, 1964–1968 Vizepräsident.

16 Richard Milhous Nixon (1913–1994), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1950–1953 Mitglied des Senats, 1953–1960 Vizepräsident, 1968–1974 (Rücktritt) Präsident der USA.

17 Am 14. Januar 1968 hatte Mansfield eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa gefordert (AAPD 1968 S. 9 Anm. 7), am 22. August 1968 seine Aufforderung aufgrund der Intervention von Warschauer Pakt-Truppen in der ČSSR aber revidiert (EBD. S. 1135 Anm. 7).

Die Belgier wollten ebenfalls abbauen. Sie werden nun natürlich gebeten, das nicht zu tun. Es ist ihnen nicht sehr behaglich dabei. Sie drehen und wenden sich noch. Der Holländer hat Botschafter Grewe erklärt: Was wir tun werden auf diesem Feld, wird wesentlich davon abhängen, was ihr eurerseits tut.<sup>18</sup> – Das ist nun wieder eine Frage, die selbstverständlich auch mit dem Haushalt und der Mittelfristigen Finanzplanung zu tun hat.

Mein Fazit ist und bleibt, wir können diese Politik nur so machen, wie ich es in der Aussage am 17. Juni zu unserer Ostpolitik am präzisesten formuliert habe.<sup>19</sup> Das habe ich zwar immer gemacht, aber damals habe ich mich der Mühe unterzogen, unsere Politik als Richtlinien zu formulieren; Richtlinien, deren sich dann Wehner sehr fleißig angenommen hat, wenn auch nicht gleichmäßig in allen Teilen. Dieser Hinweis auf die absolute Notwendigkeit einer Stärkung des atlantischen Bündnisses ist von mir zu wiederholten Malen gegeben worden, und zwar: Die Bundesrepublik kann ebenso wie ihre Verbündeten eine weitschauende Entspannungspolitik nur führen auf der Grundlage der eigenen Freiheit und Sicherheit. Die atlantischen und die europäischen Mitglieder des Bündnisses sind deshalb heute wie früher aufeinander angewiesen.

In einer anderen Rede habe ich diese Frage noch sehr viel stärker formuliert und gesagt: Wir können eine Friedenspolitik überhaupt nur unter der Voraussetzung machen, daß wir von einem starken atlantischen Bündnis geschützt werden.<sup>20</sup> – Das hat sich wie ein Leitfaden durch alles, was ich sagte, hindurchgezogen.

Ich habe auch versucht, unseren Koalitionspartner in seinen Äußerungen auf diese notwendigen Voraussetzungen unserer Ostpolitik festzulegen. Das ist in der Sache durchaus gelungen, wenn auch nicht immer in der politischen Aussage. Dazu gehört nicht nur das NATO-Bündnis, sondern auch ebenso die westeuropäische Einigung. Sie wissen, woran die Dinge kranken. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, Herr Bundestagspräsident, zu alten politischen Methoden zurückzugehen. Ich kann mich nicht erinnern, daß wir von uns aus mit dieser Politik die Voraussetzungen der Stärkung des Bündnisses und der europäischen Vereinigung vernachlässigt hätten. Daß sich das Bündnis gelockert hat, ist eine Entwicklung, an der wir den geringsten Anteil haben von allen, die daran beteiligt sind.

Daß die europäische Einigung nicht vorangekommen ist, liegt einfach an den beiden – bedauerlicherweise – einander entgegengesetzten Konzeptionen, de Gaulles auf der einen Seite und derjenigen auf der anderen Seite. Man kann die amerikanische Politik in diesem Zusammenhang so oder so beurteilen. Ich will hier ein Wort wiedergeben, das ich in einer sehr ernsten Unterhaltung mit dem amerikanischen Außenminister bei seinem Besuch in Bonn von ihm hörte und das leicht Aufschluß über seine Grundidee bezüglich der amerikanischen Beziehungen gab. Er sagte mir im Ablauf dieser Unterhaltung, der europäische Osten, die Sowjetunion mit ihrem Satellitenreich, halte die

18 Vgl. AAPD 1968 S. 1048 f. – Botschafter der Niederlande war Hendrik Boon.

19 Vgl. Nr. 19 Anm. 71.

20 Interview Kiesingers in der ARD vom 21. August 1968 in DzD V/2 S. 1104–1106, hier S. 1105.

Koexistenz nicht aus. Das heißt also, die amerikanischen Erwartungen gingen offenbar davon aus, daß im Laufe dieser Koexistenzpolitik sich von selbst eine Evolution drüben ergebe, die zu einer Auflösung des Blocks der sozialistischen Länder, ja vielleicht zu einer Evolution der Sowjetunion führen werde.<sup>21</sup>

Das ist eine Auffassung, die der von General de Gaulle sehr nahekommt, die er mir immer wieder vorgetragen hat, wenn ich ihm entgegengehalten habe: Warum so anti-amerikanisch? Warum sagen Sie, das ist eine Supermacht, von der die Gefahr ausgeht, daß sie über uns dominiert usw.? – Aber da drüben ist eine, vor der habe ich sehr viel mehr Angst als vor der amerikanischen. – Darauf sagte er: Was ist denn die Gefahr? Die Gefahr, die von der Sowjetunion droht, ist doch nur eine militärische, aber im übrigen geht doch nicht die Entwicklung von Osten nach Westen, sondern von Westen nach Osten. – Und dann kam der Witz: Nicht Wodka, sondern Whisky erobert die Welt.

Vielleicht ist an dieser Feststellung eines richtig, daß in der Tat die ideologischen Gefahren von der Sowjetunion gegen die westliche Welt nicht sehr groß sind. Sie hat sogar daraus die Konsequenzen gezogen. Weil sie vielleicht eingesehen hat, daß sie in den kommunistischen Parteien der übrigen Länder nicht allzu starke Bundesgenossen hat, hat sie das Risiko auf sich genommen, sich durch diese Aktion gegen die Tschechoslowakei auch von diesen Parteien zu isolieren, obwohl ich nicht vorauszusagen wage, ob sie das nicht wieder einrenken wird. Das Gefährliche an dieser zweifellos nicht unrichtigen These des amerikanischen Außenministers ist aber der Punkt, daß die Sowjetunion, wenn sie merken sollte, daß sie diese Koexistenz nicht aushält, d. h. daß eine Entwicklung einsetzt, die ihrer Kontrolle entgleitet, mit Sicherheit entsprechend reagieren wird. Und viel früher – dieses Bedenken kam mir sofort, als er dies sagte –, als ich es mir damals vorzustellen wagte, ist genau das eingetreten: In dem Augenblick, in dem die Sowjetunion glaubte, diese Folgen einer Koexistenzpolitik aus der Kontrolle zu verlieren, hat sie zugeschlagen.

Das ist die Lage, mit der wir rechnen müssen. Das Fazit, meine Herren, ich sehe gar keinen Grund zu neuen politischen Formulierungen. Wir können gar keine andere Politik treiben als eine Friedenspolitik. Ich habe in meinem Interview gesagt: Ich ziehe das dem Wort oder dem Begriff der Entspannungspolitik vor, weil unter Entspannung jeder das Seine versteht. Viele im Westen sehen darin mehr oder weniger den Status quo, die Sowjetunion sieht das, was sie in ihren Bedingungen an uns formuliert, während für uns zur Entspannung die Lösung der deutschen Frage gehört. Das sagte ich in meinem Interview, freilich nicht im Sinne einer zeitlichen Reihenfolge, erst Wiedervereinigung, dann Entspannung, aber in einem Prozeß, so daß beides immer im Auge behalten werden muß. Das ist ja in der Tat unsere besondere Lage. Deswegen war es ja auch immer so schwierig, wenn das Wort Entspannung gebraucht wurde, zu verhindern, daß dabei Mißverständnisse aufkamen.

Für Frankreich bedeutet Entspannungspolitik die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch uns und der Verzicht auf atomare Waffen, wogegen es bereit ist, uns in

---

21 Gespräch zwischen Kiesinger und Rusk am 26. Juni 1968, vgl. AAPD 1968 Nr. 205 S. 785 f.

der Frage der Wiedervereinigung zu unterstützen, um nur die entspannungspolitischen Vorstellungen eines unserer westlichen Partner zu nennen. Im übrigen muß man bei allem den Unterschied sehen, der immer besteht zwischen der einmal festgelegten programmatischen Aussage und der tatsächlich verfolgten Politik. Wir können also nichts anderes tun – und in diesem Punkt werden wir ja auch von der öffentlichen Meinung in unserem Lande durchaus unterstützt –, als daß wir sagen: Wir müssen diese unsere Friedenspolitik weiter fortsetzen, d. h. wir versuchen, unsere Beziehungen zu jedem unserer östlichen Nachbarn zu verbessern, wo wir dies können, ohne daß wir dabei den Versuch machen, das sozialistische Lager – wie man uns vorwirft – auseinander zu sprengen, das wäre doch völlig töricht, oder uns in die inneren Verhältnisse einzumischen.

Das alles wird uns von der Sowjetunion natürlich nicht abgenommen, auch wenn sie als richtig anerkennen muß, daß diese Vorwürfe hinsichtlich aller östlichen Nachbarn unberechtigt sind, weil sie ja ihren Blick gerichtet hält auf diesen anderen von uns getrennten Teil Deutschlands. Um diese Auseinandersetzungen wird es in Zukunft gehen. Es wird auch darum gehen, inwieweit unsere Verbündeten in der Lage und bereit sind, uns weiterhin bei dieser Politik, die eine sehr harte Konfrontierung mit der Sowjetunion bedeuten wird, zu unterstützen, wobei natürlich in dem ganzen Zusammenhang die Frage Berlin steht.

Hierzu kann ich mitteilen, daß der amerikanische Außenminister Rusk den sowjetrussischen Botschafter Dobrynin<sup>22</sup> hinsichtlich Berlin und Rumänien angesprochen hat. Er fragte ihn, ob die Sowjetunion etwas gegen Rumänien unternehmen werde und wie das mit Berlin stehe. Dobrynin wich aus und sagte, er habe keine offiziellen Nachrichten darüber, doch bezweifle er, daß diese Sorgen und Gerüchte über Rumänien und Berlin berechtigt seien. In einem Gespräch, das am anderen Tage stattfand – er hatte in der Zwischenzeit Informationen aus Moskau eingeholt und um eine Sprachregelung gebeten –, hat er dann gesagt, daß Besorgnisse und Gerüchte, die sowjetische militärische Bewegung gegen Rumänien beträfen, vollständig ohne Grundlage seien, und daß auch keine militärische Bewegung gegen Berlin stattfände.

Das ist der Terminus technicus, um den es da geht. So ist also die Lage. Ich ziehe daraus den Schluß, wir werden zwar im Augenblick nicht sehr viel in der Frage der Aufhellung des politischen Klimas mit einzelnen unserer östlichen Nachbarn unmittelbar erreichen können, aber es ist keine andere Möglichkeit, als diese Politik fortzusetzen. Wir können ja nicht zum Kalten Krieg zurückkehren und sagen, wir wollen mit diesen Ländern keine Beziehungen unterhalten. Wieweit es uns gelingen wird, die Sowjetunion zu einem flexibleren Verhalten in der Deutschlandfrage zu bringen, vermag ich nicht zu sagen.

22 Anatoli Feodorowitsch Dobrynin (geb. 1919), sowjetischer Diplomat; 1961–1986 Botschafter in den USA. – Gespräch Rusk-Dobrynin vermutlich am 31. August 1968, vgl. FRUS Vol. XVII Eastern Europe Nr. 23 (Text im Internet: [http://www.state.gov/www/about\\_state/history/vol\\_xvii/c.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_xvii/c.html)) und Nr. 91 (Text im Internet: [http://www.state.gov/www/about\\_state/history/vol\\_xvii/k.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_xvii/k.html)).

Hinten herum kriegt man aber gesagt, und zwar aus Gesprächen, die Mitglieder der russischen Botschaft mit in Bonn ansässigen verlässlichen Deutschen geführt haben, daß man versuche, nun doch zu einem besseren Verhältnis zu uns zu kommen. Aber das sind Dinge, die wir aus der Vergangenheit kennen; man spricht über dieses und jenes und vor allen Dingen versucht man zu täuschen. Das ist ja ein altes und erprobtes Mittel der sowjetrussischen Politik.

Wenn wir an unserer Politik im Prinzip festhalten wollen, dann werden wir sie nur mit Absicherung durch unsere Verbündeten machen können, d. h. in erster Linie mit den Amerikanern, mit den übrigen NATO-Mitgliedern und mit Frankreich. Es ist durch die Presse eine Mitteilung gegangen, Debré habe gesagt, Frankreich wünsche gegenwärtig keine Stärkung der NATO.<sup>23</sup> So differenziert hat er es nicht gesagt, sondern, im gegenwärtigen Augenblick sei es untnlich, einen der Blöcke gegenüber dem anderen zu stärken. Nun, das ist eine sehr sibyllinische Aussage. (*Gerstenmaier*: Das ist eine blöde Aussage! – *Unruhe*.) Im Augenblick scheint ja der Block, der gestärkt wird, nicht gerade die NATO zu sein.

Das wichtigste wird Amerika sein. Ich habe vor, einen bewährten Mann, weil die Botschaft zur Zeit sehr schwach besetzt ist, zum Präsidenten zu schicken. (*Zuruf*: Wo ist Grewe?) In Brüssel. Knappstein<sup>24</sup> ist krank. Er hat mir das schon vor längerer Zeit gesagt. Ich habe ihn gebeten: Halten Sie noch durch bis zur Präsidentenwahl, bis wir einen neuen Mann haben. In dem Artikel der „New York Times“ standen die nicht sehr geschmackvollen Ausführungen: „Zur NATO-Gipfelkonferenz wäre es mit Sicherheit gekommen, wenn Eisenhower gestorben wäre, aber wir gönnen ja dem alten Herrn, daß er jetzt doch weiterlebt.“<sup>25</sup> Das stand wahrhaftig in diesem Artikel. (*Unruhe und Bewegung*.) Das war also schon starker Tobak!

Amerika wird also sehr entscheidend sein. Ebenso entscheidend wird sein, was wir Europäer auf militärischem Gebiet tun werden. Da gibt es ja Vorschläge. Ich nehme nicht an, daß wir in der Sache auseinander sind; denn keine Äußerung, die ich von irgendeinem Parteifreund gelesen habe, scheint mir im Gegensatz zu meiner eigenen Konzeption zu sein. Jeder sagt es eben auf seine Weise. Voraussetzung ist also das, was wir ohnehin die ganze Zeit getan haben. Sie wissen ja, wie weit ich gegangen bin. Manches habe ich offen gesagt, manches unter vier Augen mit einem deutlichen Auf-den-Tisch-schlagen. Wenn ich von atomarer Komplizenschaft<sup>26</sup> gesprochen habe, war das ja

23 Vgl. FAZ vom 31. August 1968 „Bonn hofft auf stärkeres Nato-Engagement Frankreichs“. Vgl. auch Anm. 56.

24 Karl Heinrich Knappstein (1906–1989), Diplomat; 1945 Mitgründer der CDU Hessen, 1950–1956 Leiter des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in Chicago, 1956–1958 Botschafter in Spanien, 1958–1960 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, 1960–1962 Beobachter bei den Vereinten Nationen, 1962–1968 Botschafter in Washington.

25 Vgl. AAPD 1968 S. 1031 f. – Eisenhower starb am 29. März 1969.

26 In seiner Rede vor dem Verein Union-Presse am 27. Februar 1967 sprach Kiesinger von einer „Form atomaren Komplizentums“, die zwischen den USA und der Sowjetunion entstanden sei. Vgl. OBERNDÖRFER S. 36.

wohl bis an die Grenzen dessen gegangen, was man in diesem Zusammenhang wahrheitsgemäß sagen mußte. Es hat ja ungeheure Aufregung drüber verursacht.

Aber wir müssen alle Kräfte daran setzen, unser Verhältnis zu Amerika neu zu beleben. Das hat in den Gesprächen mit Johnson immer alles sehr gut geklungen. Johnson hat gesagt: Ich verspreche Dir, die amerikanischen Truppen werden nicht abgezogen, wenn Ihr Eurerseits etwas Entsprechendes tut. Ich verspreche Dir, daß wir zu unseren Verpflichtungen stehen. – Aber das, was dann in der Praxis, etwa im Zusammenhang mit dem Atomsperrvertrag, geschehen ist, das bedeutete natürlich doch eine erhebliche Einschränkung.

Noch ein Wort zum Atomsperrvertrag! Ich hatte mir mit diesem Vertrag ohnehin vorgenommen, daß wir uns Zeit lassen sollten. Ich hatte dem Drängen des Außenministers widerstanden, ihm schon für die Konferenz in Genf eine Art Vorentscheidung im Kabinett zu geben. Das war schon vor den Ereignissen in der Tschechoslowakei. Ich sagte ihm: Gehen Sie erst einmal hin. Dort kann sich ja vielleicht das eine oder andere Interessante ergeben. Dann werden wir uns hinterher Zeit nehmen, um dieses Problem miteinander zu überdenken. – Nun haben uns diese Ereignisse in der Tschechoslowakei wahrhaftig „Luft“ geschaffen. Die Italiener, die immer geschwankt hatten in dieser Frage, haben ihre Bereitschaft, den Vertrag unmittelbar zu unterschreiben, zurückgezogen. Ich bin nicht der Meinung, daß das sehr lange dauern wird, nachdem das italienische Parlament im Grundsatz die Unterschrift gebilligt hat. Dort ist es umgekehrt gegangen. Das Parlament hat beschlossen; es sollte aber in die Regierung kommen.<sup>27</sup>

Es hat überall hinsichtlich dieses Vertrages ein neues Nachdenken gegeben. Ich habe dann erklärt, unter den gegebenen Umständen sieht dieses Problem doch wesentlich anders aus als vorher.

Nun noch einen Punkt, dann schließe ich meinen Exkurs! Der Außenminister wird morgen in Genf sprechen.<sup>28</sup> Ich habe eine kurze Skizze gesehen. Er selber hat ebenfalls schon zum Atomsperrvertrag gestern eine Erklärung abgegeben in der Art, daß sich für einen solchen Vertrag zur Zeit bei uns keine Mehrheit finden werde. Damit hat er das auf seine Weise ausgesagt, was ich ihm mitgegeben hatte. Ich glaube, daß er dabei richtig liegen wird. Ich konnte im Drange der Geschäfte nicht alles sehen, hatte aber den Herrn von Guttenberg gebeten, sich die ganze Geschichte anzuschauen. Was ich bedauere, ist, daß auch der Außenminister in Genf diese Diskussion um die Art. 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen aufgegriffen hat. Das ist für uns ein ernstes politisches Problem, weil es jederzeit der Sowjetunion einen Vorwand geben kann, formal die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen zu unterlaufen und damit im Falle einer Aggression gegen uns unsere Situation politisch außerordentlich zu erschweren, sich den anderen gegenüber eine Tür offenzuhalten und zu sagen, das ist keine Gewaltaktion

27 Vgl. AAPD 1968 S. 1081 Anm. 11.

28 Auf der Konferenz der Nichtnuklearstaaten – vgl. „Erklärung des deutschen Ministers des Auswärtigen, Willy Brandt, in der Generaldebatte der Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten in Genf“ in: EUROPA-ARCHIV 1968 Folge 21 D 502–506.

im Sinne des Gewaltanwendungsverbotes der Charta, sondern hier ist der Fall, wo gegen einen etwas unternommen wird, der unter Ausnahmerecht steht.

Der Außenminister hat, wenn ich es richtig gehört habe, im Fernsehen gesagt: Denjenigen, die glauben, daß ein Ausnahmerecht gegen uns besteht, muß man das und das entgegenhalten.<sup>29</sup> Ich bin der Meinung, wir sollten das überhaupt nicht zur Debatte stellen. Wir gehören dem nordatlantischen Bündnis an, und wer gegen uns, einem Mitglied dieses Bündnisses, etwas unternimmt, hat es mit dem Bündnis und seinen Reaktionen zu tun. Ich würde also auch darum bitten, daß dieses Thema in unserem Kreise überhaupt nicht behandelt wird. Wir wecken damit nur schlafende Hunde, und ganz unnötig provozieren wir damit eine unerwünschte Diskussion.

Auf die militärische Situation will ich jetzt im einzelnen nicht eingehen. Dazu kann auch der Verteidigungsminister, der unter uns ist, einiges sagen. Es schwirren die wildesten Angaben über die Zahl der an der gesamten Westgrenze der Sowjetunion angeblich aufmarschierten Truppen. Es ist die Rede von insgesamt 1,8 Mio. Mann, davon sollen 600.000 in der Tschechoslowakei stehen, 1,2 Mio. außerhalb der Tschechoslowakei an den westlichen Grenzen der Sowjetunion. Nachforschungen unserer Dienste, auch des Verteidigungsministeriums, kommen in der Tschechoslowakei auf eine Zahl von 250.000 Mann sowjetischer Truppen. Ich weiß nicht, ob da noch andere Truppen des Warschauer Paktes mit eingeschlossen sind. Allerdings sind inzwischen sowjetische Positionen in der Zone, die dadurch geschwächten worden sind, aufgefüllt worden.

Daß sich eine erhebliche Änderung der militärischen und strategischen Lage dadurch ergeben hat, daß jetzt sowjetische Truppen in der Tschechoslowakei und an der Grenze zwischen uns und der Tschechoslowakei stehen, steht außer jeder Frage. Das hat auch der amerikanische Präsident ausdrücklich gesagt. Ich hoffe, daß sich die Anzeichen mehren, daß man in der NATO daraus die entsprechenden Konsequenzen zieht. Aber dann müssen wir auch bereit sein, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Dies, meine Herren, ist das, was ich Ihnen zu berichten habe. – Herr Bundestagspräsident!

#### AUSSPRACHE

*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Ich stehe unter dem Eindruck, daß das, was in einer sehr begrenzten Redezeit heute abend zu sagen notwendig ist, nur in Stichworten ausgeführt werden kann. Aber ich möchte mich doch erstens einmal bedanken für die nuancierte Darstellung, insbesondere für die mir doch recht wichtig erscheinenden Darlegungen des sowjetrussischen Botschafters. Ich glaube, daß man dabei unterscheiden muß, was sie implizieren für die Zukunft, und was in ihnen steckt als grundsätzliche Programmatik. Aus den Darlegungen Zarapkins ergeben sich jedenfalls für die Behandlung der Deutschlandfrage in einem Punkt, den wir hoffentlich nicht im Sinne haben,

---

29 Brandt gab dem Südwestfunk am 1. September 1968 ein Interview, vgl. BULLETIN Nr. 108 vom 3. September 1968 S. 924–927.

nämlich der sogenannten Anerkennung wie auch immer, ganz grundsätzliche Konsequenzen.

Aber davon wollte ich eigentlich nicht reden, sondern mir erlauben, einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Sie bestehen darin, daß ich in diesen Tagen unter dem Eindruck stehe, daß unsere Politik einen schweren Rückschlag erlitten hat, und zwar keineswegs die Politik der gegenwärtigen Regierung, sondern die Politik, an der wir, meine Herren, seit mindestens zwölf Jahren an diesem Tisch teilgenommen haben.

Wir standen zu Lebzeiten des Bundeskanzlers Konrad Adenauer einige Jahre, nachdem die Pariser Verträge<sup>30</sup> gemacht waren, unter dem Eindruck der Containment-Politik. Das ist ja schön und gut, aber immer bloß hinter dem gesicherten Wall stehenzubleiben und den anderen auf der anderen Seite anzusehen, das ist natürlich auf die Dauer nicht sehr befriedigend. Die Frage also, wie man die Politik des Containment irgendwie im Interesse der Freiheit der westlichen Welt in Bewegung bringt und wie man etwas ins feindliche Gelände kommt, wie man aus dem Stellungskampf herauskommt, hat uns doch, nicht gerade unseren Bundeskanzler, aber innerhalb der Partei lange Zeit mehr insgeheim, aber dann schließlich auch öffentlich beschäftigt.

Ich selbst bin hier ein mehr Betroffener als der jetzige Bundeskanzler. Ich habe am 30. Juni 1961 eine Rede gehalten im Deutschen Bundestag,<sup>31</sup> die nur diesen einen Sinn hatte, den Bundestag und die deutsche Politik anzustoßen, nach Methoden der deutschen Außenpolitik zu suchen, die es ermöglichen, über die Containment-Linie und über den Stellungskrieg hinauszukommen und Bewegung in die Sache zu bringen.

Ich habe mich dann gefreut, daß gegen die schweren Bedenken Heinrich von Brentanos<sup>32</sup> sein Nachfolger sich eigentlich auf den Versuch eingelassen hat. Er hat – nicht etwa der gegenwärtige Außenminister – die ersten und, wie ich finde, gar nicht so schlecht geglückten Versuche gemacht, die Containment-Linie ein bißchen hinter sich zu lassen, um ins Feindgelände zu kommen. Wir haben dabei gewisse Konsequenzen hinnehmen müssen, die wir nicht gerne hingenommen haben. Das war z. B. die Modifikation – das ist ein kunstvolles Wort für Aufweichung – der Hallstein-Doktrin usw. Aber ich hatte den Eindruck, man konnte damit zufrieden sein. Es war gar nicht so übel. Und ein bißchen habe ich doch daran gedacht, daß gewisse Erscheinungen in Polen, in der Tschechoslowakei, nicht in Rumänien, aber in Jugoslawien, auch die Folgen sein könnten von dieser unserer mit einem Schlagwort dann bedachten aktiveren Ostpolitik.

Meine Herren! Machen wir uns nichts vor. Diese aktive Ostpolitik hat jetzt einen gewaltigen Rückschlag erlitten. Ich finde das, alles in allem, gar nicht schön; denn ich halte die einfache Rückkehr zur Containment-Politik für nicht befriedigend. Ganz egal,

30 Die Pariser Verträge wurden am 27. Februar 1955 durch den Bundestag ratifiziert und traten am 5. Mai 1955 in Kraft. Sie sahen u. a. den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO vor, der am 9. Mai 1955 erfolgte.

31 Vgl. Sten.Ber. 3. WP 166. Sitzung vom 30. Juni 1961 S. 9762–9766.

32 Dr. Heinrich von Brentano di Tremezzo (1904–1964), Rechtsanwalt; 1946–1949 MdL Hessen (CDU), 1949–1964 MdB (1949–1955 und 1961–1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), 1955–1961 Bundesminister des Auswärtigen. Vgl. LEXIKON S. 205 f.; Roland Koch (Hg.): Heinrich von Brentano: ein Wegbereiter der europäischen Integration. München 2004.

ob es uns gefällt und wie wir dabei jetzt abkommen, finde ich, daß wir uns mit der Situation auseinandersetzen müssen. Hier komme ich zu dem Ergebnis, daß unsere aktive Ostpolitik das war, was Sie als Friedenspolitik bezeichnen. Wir haben nie das Wort der Entspannung dafür verwandt. Entspannung haben wir immer als einen militärischen Abrüstungsbegriff verstanden, aber wir sind in dieser Weise einer Friedenspolitik gefolgt. Wir hatten nicht die Absicht, das zu tun, was uns jetzt die Russen offenbar im höchsten Maße übelnehmen, nämlich eine Interventionspolitik in ihren Bereich zu machen. Ich versteh die russische Aktion gegen uns vor allem als die ganz gereizte Reaktion auf etwas, was sie als besonders gerissene Interventionspolitik in ihren „Lustgarten“ ansehen.

Herr Bundeskanzler, die Nacht vom 20. zum 21. August mit ihrer Besetzung ist eigentlich nur ein ganz massiver und brutaler Hieb darauf. Vorausgegangen war immerhin der ganz gereizte Notenbrief, der – so würde ich beinahe sagen – einem Nichtgeheimnisträger in diesem Staate erst aufgegangen ist im Laufe der letzten Wochen. Mir ist erst im Laufe dieser Woche aufgegangen, was eigentlich spätestens seit November letzten Jahres die Russen ihrem Außenminister freibleibend und schriftlich gegeben haben, und zwar im Zusammenhang, aber auch nicht im Zusammenhang mit der Problematik des Atomsperrvertrages. (*Kiesinger*: Das ist ja nichts Neues!) Das war nichts Neues, aber ich meine die Form, in der sich die Note vom November 1967 bis zum 5. Juli 1968 konkretisiert hat<sup>33</sup>, nämlich mit dem Vorzeichen eines Völkerrechtstitels. Hier meine ich den Art. 107.

Es ist ganz unerheblich, was Brandt jetzt dazu gemeint hat. Ob wir zusammen mit den anderen diesen Artikel für obsolet halten oder nicht, ist unerheblich in Anbetracht der Tatsache, daß die Russen vorgeben, es sei vollstreckbares Recht. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Also kurz und gut, ich finde, daß die Russen unsere aktive Ostpolitik oder Friedenspolitik als Interventionspolitik jetzt bitter übelnehmen. Ob wir dagegen aufkommen, das weiß ich nicht. Das wird die Überzeugungskraft unserer Regierungspolitik und die Diplomatie auf das äußerste beanspruchen.

Aber, Herr Bundeskanzler, was mir mindestens ebenso wichtig erscheint – hier beginnen wir bereits in innenpolitische Schwierigkeiten zu geraten –, ist doch, daß sich jetzt angesichts dieses Stoßes, auch psychologischen Stoßes, den sie versetzt haben, wir gezwungen sind, einmal über das nachzudenken, was sich in den letzten Jahren in dieser unserer aktiven Ostpolitik an Prämissen, Erwartungen und, um es kurz zu sagen, an Illusionen ergeben hat. Hier liegen zweifellos Unterschiede vor, die beachtlich sind. Ich persönlich habe seit dem 21. August – das sind jetzt zehn Tage – keine einzige Verlautbarung aus dem Bereich der CDU/CSU gesehen, die darauf schließen ließe, daß es sich bei uns um etwas anderes handeln könnte als um Akzentverschiedenheiten der Betonung, daß wir uns aber im übrigen in einer gemeinsamen Konstruktion bewegen.

---

33 Memorandum der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen vom 21. November 1967, vgl. DzD V/1 S. 2047–2053. – Aide-mémoire vom 5. Juli 1968, vgl. DzD V/2 S. 964–973.

Ich habe nicht gesehen, daß sie an irgendeinem Punkt verletzt wurde. Der eine hat den Akzent mehr auf dieses, der andere mehr auf jenes gelegt. Während wir bei uns Akzentverschiedenheiten haben, habe ich den Eindruck, daß bei unserem Koalitionspartner und bei der FDP es bis zu diesem Tag nicht ausgemacht ist, ob hier mehr als Akzentverschiedenheiten vorliegen, ob hier nicht doch profunde Verschiedenheiten in der Prognose, in der Analyse vorliegen, die von Bedeutung sind für den Charakter der Politik, die gemacht werden soll.

Ich habe den Eindruck, daß wir am Ende der Ära Adenauer dort standen, wo Konrad Adenauer nicht gerade mit dem Brustton der Überzeugung heranging, aber doch herangehen mußte zur Bejahung einer Koexistenzpolitik. Man muß das Wort Koexistenz nicht als ein Miteinander, sondern als ein Nebeneinander des labilen Gleichgewichts allenfalls verstehen. Mehr war nicht drin, jedenfalls auch am Schluß der Ära Adenauers nicht. (*Kiesinger*: Denken Sie an den Bundesparteitag und an seine Aussage über Taschkent.<sup>34</sup> Die große Sensation damals! – *Unruhe*.) War er denn da noch Bundeskanzler? (*Zurufe*: Nein, Parteivorsitzender! – *Kiesinger*: Ich sage es deswegen, weil ich mit ihm Gespräche hatte, die sehr interessant waren.) Ich will nur sagen, daß diese Ereignisse jetzt gezeigt haben, daß mehr als eine Koexistenz im Sinne eines labilen Gleichgewichts des Nebeneinander nicht drin ist und auch weiteren Bemühungen um eine Ostpolitik oder, wie Sie sagen, Friedenspolitik nicht zugrunde gelegt werden kann.

Was nicht zugrunde gelegt werden kann, ist nach meiner Überzeugung die Idee oder die Ideologie von der Konvergenz, von dem unvermeidlichen Aufeinanderzulaufen der beiden Systeme. Es ist ein abstrakter Satz der Logistik, wie man neuerdings die mathematische Logik nennt, daß sich Parallelen im Unendlichen schneiden. Ich habe aber nicht gesehen, daß die Geodäsie mit diesem Satz irgend etwas Praktisches anfangen könnte. Wir können mit dem metaphysischen Satz, daß der Mensch – hier stimme ich mit dem Bundeskanzler überein – nicht vernichtbar ist in diesem Sinne, daß er aber auf die Dauer bewirtschaftet werden kann, keine konkrete Politik machen.

Ich will damit sagen, daß die stillschweigend oder laut proklamierte Annahme von der Koexistenz als Grundlage unserer Ostpolitik oder Friedenspolitik einfach fallengelassen werden muß. Das ist von großer Wichtigkeit, weil das den ganzen inneren Charakter der Politik und die Orientierung Deutschlands bestimmt. (*Kiesinger*: Das war nie die Grundlage!) Das war nicht die offizielle Grundlage, es wurde nur in das Gehäuse der Politik hineinimpliziert. (*Kiesinger*: Herr Eppler!<sup>35</sup>) Ja, genau die Leute, die Sie demnächst auch in Ihrem Kabinett finden. (*Kiesinger*: Noch nicht! – *Starke Unruhe*.)

34 In der Hauptstadt Usbekistans war am 10. Januar 1966 unter Vermittlung der Sowjetunion der Krieg zwischen Indien und Pakistan beigelegt worden, vgl. AdG 1966 S. 12277f. – Adenauer sagte auf dem Parteitag 1966 in Bonn: „... das ist für mich ein Beweis dafür, daß die Sowjetunion in die Reihe der Völker eingetreten ist, die den Frieden wollen“. Vgl. CDU, 14. BUNDESPARTEITAG S. 41.

35 Dr. Erhard Eppler (geb. 1926), Gymnasiallehrer; 1961–1976 MdB (SPD), 1968–1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1973–1981 Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg, 1976–1982 MdL Baden-Württemberg (1976–1980 Fraktionsvorsitzender). Vgl. KEMPF/MERZ S. 227–231.

Ich könnte noch einen zweiten und einen dritten nennen. Ich will nur sagen, hier beginnen die Unterschiede, nämlich etwas profund anderes als Akzentverschiedenheit zu sein. Das muß man sich einmal vergegenwärtigen und überlegen, welche Konsequenzen man daraus zieht. Das zur Analyse und zur Prognose!

Was viel wichtiger ist, ist folgendes. Ich habe mir den Kopf zerbrochen in diesen Tagen, Herr Bundeskanzler, und ich muß gestehen, Ihre heutige Abendveranstaltung kommt mir ganz ungelegen; denn ich bin mit meinem Denken noch nicht fertig. Die Frage ist, ist an dem von Ihnen beliebten, mir aber immer kritisch und skeptisch erscheinenden Begriff der europäischen Friedensordnung etwas dran? Nun will ich einmal den Versuch machen, mit dem Kopf des Bundeskanzler in meinem Kopf zu denken und zu überlegen, wie läßt sich eigentlich der Begriff der europäischen Friedensordnung nach diesen Ereignissen und diesen Erklärungen der Sowjetunion konkretisieren. Wie sieht denn das aus, europäische Friedensordnung? Wie sieht das praktisch aus? Ich will mal einige konkrete politisch faßbare und begreifliche Punkte nennen:

Hier stock ich schon!

Wer hilft mir weiter fort?

Ich kann das Wort so hoch unmöglich schätzen,  
ich muß es anders übersetzen.

Also, kurz und gut, ich befnde mich in der berühmten Situation Faustens, der den Logos übersetzen wollte. Ich bin also noch nicht bis dahin gelangt, wo dann der Faust zum Schreibtisch geht und sagt:

Mir hilft der Geist!

Auf einmal seh' ich Rat

und schreibe getrost:

„Im Anfang war die Tat!“<sup>36</sup>

Ich finde, daß es denkbar schwierig ist, den von der Bundesregierung und von uns mitgetragenen Begriff der europäischen Friedensordnung sowohl im Blick auf die Situation, in der wir uns befinden, wie im Blick auf die geistig-psychischen Voraussetzungen, mit denen wir es jetzt zu tun haben, zu konkretisieren.

Was mir keine Schwierigkeiten macht, Herr Bundeskanzler, ist das andere, nämlich was geschehen müßte, um unsere Friedenspolitik noch chancenreicher werden zu lassen auf der Seite des Westens. Ich habe mir erlaubt, Ihren Vorschlag, den Sie – verzeihen Sie, wenn ich das kritische Wort sage – viel zu schnell haben fallenlassen, für richtig und senkrecht zu erklären: NATO-Gipfelkonferenz, das zeigt mindestens dem Nachdenklichen, daß der Mann, der hier am Ruder ist, wenigstens begriffen hat, von welchem Kaliber die Dinge sind, um die es sich handelt, und auf welcher Ebene jetzt die großen Entscheidungen fallen.

Dieser Begriff auf Anhieb hat mir eigentlich sehr gut gefallen. Natürlich werden jetzt viele „Gescheite“ kommen und sagen: Das muß aber vorbereitet werden. Man muß zunächst einmal de Gaulle sprechen usw. – Natürlich muß das vorbereitet werden,

---

36 Zitat aus „Faust. Der Tragödie Erster Teil“ von Johann Wolfgang von Goethe.

aber ich hätte meine These nicht modifiziert, sondern nur hinzugefügt: natürlich mit angemessener Vorbereitung. – Von Wichtigkeit ist die Gipfelkonferenz. (*Kiesinger*: Ich habe den Vorschlag doch gar nicht fallengelassen! Die Sache geht weiter!) Ich bin ja einer der am schlechtesten informierten Bundesbürger, die fleißig die Zeitung lesen. (*Kiesinger*: Der Vorschlag ist praktisch aufgenommen worden! – *Unruhe*.) Ich wollte nur sagen, das hat mir gut gefallen, weil es die Größenordnung des zur Debatte stehenden Problems andeutet und zeigt.

Die Reaktion darauf aus Frankreich beunruhigt mich – so muß ich sagen – im tiefsten. Wie oft habe ich – ob gepaßt oder nicht gepaßt –, ich will nicht sagen, de Gaulle die Stange gehalten, aber doch dieser Symbiose zwischen Deutschland und Frankreich durch dick und dünn das Wort geredet. Wenn ich aber nun eine solche Erklärung höre wie die, die Herr Debré, offenbar unter Abwesenheit des letzten Restes von Geist – ich kann nur sagen, was in der Zeitung steht – abgegeben hat, so muß ich sagen, solche Fehler in der Formulierung hat es nie gegeben. (*Starke Unruhe und Bewegung*.) Nehmen wir dieses dumme Wort von Debré einen Augenblick hin, dann müssen wir sagen, daß es ein bestürzendes Symptom ist, das darauf schließen läßt, wie schwer es sein wird, den französischen Staatschef und seine Regierung für das zu gewinnen, was nach meiner Überzeugung jedenfalls Kern und Stern einer Verfestigung und Stärkung der NATO sein muß. Wenn wir jetzt sagen, die Amerikaner müssen dieses und jenes in der NATO tun, dann ist das insofern falsch, weil das, was in der NATO geschehen muß, aus verschiedenen Gründen hier in Europa begonnen werden muß.

Die europäische Wehrverfassung ist sehr unbefriedigend. Ich kann auch nicht mehr dieser stillschweigenden Verharmlosung folgen, die damals eingetreten ist. Wir konnten dem de Gaulle ja nichts sagen, als er aus der militärischen Integration der NATO herausging. Aber das sind doch unmögliche Zustände! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Und wenn die NATO, vor allem die europäische Wehrverfassung, nicht besser wird, dann bin ich nicht sicher, ob in einigen Jahren eine Nacht wiederum so ausgeht, daß die Russen soviel Mores vor dem nordatlantischen Bündnis haben, daß sie sich auf das sorgfältigste vorsehen, die Grenze von West-Berlin zu verletzen, daß sie sich außerordentlich vorsehen, durch die Zonengrenze – auch nur aus Versehen – zu stoßen.

Europäische Friedensordnung ist gut, aber ich meine, wir sollten weiter darüber nachdenken, wie wir es konkretisieren können, und zwar an zwei, drei einleuchtenden Punkten. Noch wichtiger erscheint mir jetzt, was geschehen kann und muß, um die Basis jener wie auch immer gearteten Friedensordnung nach dem Osten hin wirksamer zu machen; d. h. die Basis unserer Sicherheit in der NATO zu modernisieren und zu stärken. Ich komme also genau zum gegenteiligen Ergebnis wie Herr Debré.

Bei der Wahl der Vokabeln gegenüber Sowjetrußland verstehe ich, daß der Herr Bundeskanzler natürlich unter einem anderen Gebot steht als wir. (*Kiesinger*: Ich habe von einer desperaten Politik gesprochen!) Aber es ist doch so, daß man Ihnen eine Kriegserklärung vorhält! Die Brüder scheinen doch den Verstand verloren zu haben, auf Ihren Satz so zu reagieren! (*Starke Unruhe*.)

Ein Konkretum steckt doch in der ganzen Sache, und ich bin frei genug zu sagen, daß ich das überhaupt nicht bedaure, nämlich diesen illusionistisch wohlwollenden Nebel von braver deutscher Beflissenheit um diesen Atomsperrvertrag herum und seine Behandlung. Der ist so zerfetzt, daß seine heißesten Befürworter unter Führung unseres Außenministers doch nicht mehr den richtigen Mumm haben, mit flotter Marschmusik auf die Unterzeichnung und Ratifizierung dieses Unternehmens zuzugehen.

Aus diesem Unternehmen kann und soll nach meiner Überzeugung nichts werden, solange einem der wichtigsten Partner, nämlich Sowjetrußland, in diesem Vertrage Rechte zukommen, denen von russischer Seite auch nicht der Bruchteil eines Entgegenkommens gezeigt oder auch nur eines Verständnisses für unsere Position entgegengenbracht wird. Ich muß deshalb sagen, das Beste an der Sache ist, daß es uns geholfen hat, Distanz zu gewinnen von einem Vertrag, der auch unter allen möglichen anderen Gesichtspunkten mir nach wie vor höchst bedenklich erscheint.

*Kiesinger:* Meine Herren, bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich selber noch ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Bundestagspräsidenten machen. Natürlich hat unsere Ostpolitik noch einen anderen Aspekt als den, wie realisieren wir sie dem Osten gegenüber. Sie hat einen Aspekt, der alle Völker der Welt mit einbezieht. Es ist gar kein Zweifel, daß diese unsere Politik uns in der übrigen Welt ganz erheblichen Goodwill eingetragen hat. Dieser Goodwill wird sich auch in der Folge auszahlen.

Das Zweite! Es wurde eben ein Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ [her]angezogen.<sup>37</sup> Ich will ihn aufnehmen. Meine Herren! Die Politik, die da gemacht worden ist, ist meine Politik und nicht die Politik von Herrn Willy Brandt! Ich kann das nur immer und immer wieder sagen. Sie haben ja gesehen, wie sehr ich mir Mühe gegeben habe, in allen diesen Monaten immer wieder die politische Linie klar zu ziehen. Das war im vergangenen Jahr der Fall, als ich darauf bestand, daß im Auswärtigen Ausschuß und im Bundestag eine außenpolitische Aussprache stattfand.<sup>38</sup> Das war eine Aussprache, mit der wir alle voll zufrieden waren, denn sie entsprach unserer eigenen Konzeption.

Daraufhin habe ich den Koalitionspartner eingeschworen in diesen ersten Gesprächen in Kressbronn<sup>39</sup>, weil es soweit gekommen war, daß durch die Aussage der anderen das Ganze fadenscheinig zu werden drohte. Und wenn immer einer der führenden Leute des Koalitionspartners eine Formulierung wählte, die mit dieser Politik nicht im Einklang stand, habe ich sofort widersprochen und korrigiert. Das habe ich öffentlich getan. Das habe ich noch viel öfter am Verhandlungstisch unter vier, acht oder zwölf Augen getan.

Es war also eine ununterbrochene Bemühung, wobei davon auszugehen war, daß der Dritte, der noch zur Debatte stand, nämlich die FDP, in dieser Frage noch viel dubioser war. Alle diejenigen, die glauben, das sei bloß Opportunismus, die täuschen sich schwer. Es ist nicht Opportunismus, sondern das ist eine immanente Unfähigkeit deut-

37 Vgl. FAZ vom 2. September 1968 „Hartes Gespräch Kiesinger-Zarapkin“.

38 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 126. Sitzung vom 13. Oktober 1967 S. 6331–6390.

39 Vgl. Nr. 15 Anm. 13.

scher Politik, sie so zu betreiben, wie sie betrieben werden muß. Es gibt in dieser Partei einige Leute, die das können, aber die Partei als solche – das scheint mir erwiesen zu sein – kann es nicht. Ich würde vor jedem leichtfertigen Experiment warnen, das nicht die absolute Sicherheit schafft – etwa bei kommenden Koalitionsverhandlungen mit dieser Partei –, daß unsere Politik weitergeführt wird. Aber vielleicht wird das jetzt leichter möglich sein, weil es nicht sehr viel Abenteuer nach dem Osten hin zu unternehmen gibt.

Ich hatte diese Politik sehr klar, auch in ihren Risiken, gekennzeichnet. Ich weiß nicht, ob meine Parteifreunde das immer mit der notwendigen Aufmerksamkeit verzeichnen haben. Ich habe in der Rede am 17. Juni gesagt: Der Weg zu dieser europäischen Friedensordnung mag, ja wird lang und mühselig sein. Vielleicht wird er uns auch nicht ans ersehnte Ziel führen. Diese Möglichkeit des Scheiterns können wir nicht ausschließen, aber es ist der einzige Weg, der uns die Chance des Erfolges verspricht.

*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler, jetzt haben Sie die Argumente nahezu in einem Satz zum Ausdruck gebracht, die mir diese Vokabeln so unbehaglich machen. Wenn Sie das proklamieren, dann können Sie nur siegen oder verlieren. (*Kiesinger:* Sie können jede Politik machen!) Die Politik der Koexistenz, ins Deutsche übersetzt, heißt: befriedetes Nebeneinander oder so etwas Ähnliches.

*Kiesinger:* Damit können Sie keine Deutschlandpolitik mehr treiben. Die wirkliche Frage spitzt sich doch für uns darauf zu, wie lösen wir die deutsche Frage? Ein Argument gegen unsere Politik ließe ich gelten. Diese Politik hat nicht im Auge gehabt, das östliche Lager zu zerbrechen – so vermessen waren wir nicht –, aber wenigstens aus der feindseligen, absolut einer akzeptablen Lösung der deutschen Frage sich widersetzen den Front eine Reihe von östlichen Nachbarn auszubrechen. Dies war in der Tat eines der Ziele dieser Politik, aber nicht etwa im Sinne von krisenhaften Schüben. Deswegen haben wir gesagt, als wir die diplomatischen Beziehungen aufgenommen haben, bitte sehr, ihr habt euren Standpunkt, wir haben den unseren. Wir wußten, daß diese Leute in der Tat bereit gewesen wären. Das haben auch die Jugoslawen erklärt. Irgendwann muß ja das Problem einmal gelöst werden. Die Deutschen können nicht einfach immer getrennt bleiben.

Die Frage war hier, ob das gutinge, d. h. würde die Sowjetunion dem zusehen? Das konnte man so lange hoffen, solange es nicht zu krisenhaften Schüben im Osten kam. Was in Prag passiert ist, das ist einfach das, was damals im Krieg zwischen Griechenland und der Türkei<sup>40</sup> für die Engländer gegolten hat, d. h. es war ein Ereignis, das so nicht vorausberechnet werden konnte.

Hätten sich die Dinge ganz allmählich entwickelt, dann hätte es eine allmähliche Aufhellung des politischen Klimas gegeben ohne solche krisenhaften Schübe. Dann wäre es der Sowjetunion natürlich sehr schwer gefallen zu intervenieren. Das war das Risiko, das darin war.

---

40 Griechisch-türkischer Krieg von 1919–1922 (Frieden von Lausanne 1923).

Die Alternative zu dieser Politik könnte nur sein und hätte nur sein können, das direkt mit der Sowjetunion zu versuchen; eine von vornherein völlig untaugliche Politik; denn die Sowjetunion ist entschlossen, ihren Besitzstand einschließlich der Zone zu wahren. Es war eine Sache, die für mich von Anfang an klar war. Ich habe mich in dieser Beziehung nie der geringsten Illusion hingegeben. Ich habe mit dem früheren Botschafter von Moskau, mit Herrn von Walther<sup>41</sup>, darüber eine Auseinandersetzung gehabt. Wir sind auf diesen Punkt eingegangen. Als ich ihn dann fragte, welche Chancen er sehe, konnte er nur antworten, da sehe er eben auch keine.

Nun lief Ihr Vorschlag hinsichtlich der Koexistenz, wenn ich Sie richtig verstanden habe, darauf hinaus: Koexistenz heißt, man lebt nebeneinander. (*Lebhafte Unruhe*.) Das bedeutet, daß die Lösung der deutschen Frage ad calendas graecas verschoben werden muß. Das wollen wir doch ehrlich sagen.

Hier könnten nun Vorschläge kommen. Und die sind durchaus von deutschen Patrioten – wenn ich es einmal so sagen darf –, nicht nur von Illusionspolitikern, gekommen, die sagen: Um Gottes Willen, warum belastet ihr euch denn mit diesem Problem, wenn ihr schon wißt, daß es so nicht lösbar ist, daß ihr weiter aufrechterhaltet dieses „kann nicht als souveräner Staat anerkannt werden“, diese furchtbaren Anstrengungen, die das kostet, jedes kleine Ländchen in Afrika davon abzuhalten, diplomatische Beziehungen mit denen da drüben aufzunehmen; wir müssen ständig dafür bezahlen usw. Laßt es doch, schwimmt euch doch frei, anerkennt und seht zu, daß eben die Wiedervereinigung in einem anderen Prozeß zustande kommt; denn dadurch, daß man das andere als ein eigenes Völkerrechtssubjekt anerkennt, ist doch die deutsche Wiedervereinigung noch nicht ausgeschlossen.

Das ist eine wirkliche Alternative. Ich bin nicht bereit, diese Alternative zu akzeptieren, aber ich erkenne sie als eine mögliche Alternative an, allerdings mit allen Konsequenzen. Nun wird immer wieder von Leuten wie Nannen<sup>42</sup>, Bender<sup>43</sup> usw. gesagt, ich hätte das lediglich in einem Gespräch mit de Gaulle mit dem Argument abgewehrt, das gäbe radikalen Kräften in der Bundesrepublik einen ungeheuren Auftrieb, und damit wäre unsere Ordnung auf das empfindlichste gestört. Das stimmt einfach nicht, sondern ich habe meine Gründe gegen eine solche Politik auch General de Gaulle ganz klar dargelegt und gesagt: Sie haben das Algerien-Problem auf diese Weise gelöst. Warum konnten Sie es so lösen? 1. Weil Algerien, wenn es auch nicht Kolonie war, doch etwas ganz anderes ist als dieses uralte deutsche Gebiet. – Er sagte mir dann: „Sie haben ge-

41 Dr. Gebhardt von Walther (1902–1982), Diplomat; 1929 Eintritt in das Auswärtige Amt (1951 Wiedereintritt), 1951–1956 Botschaftsrat in Paris, 1956–1958 Botschafter in Mexiko, 1958/59 Botschafter in Brasilien, 1959–1962 Botschafter bei der NATO, 1962–1966 Botschafter in der Türkei, 1966–1968 Botschafter in Moskau.

42 Henri Nannen (1913–1996), Journalist; 1946/47 Herausgeber der „Hannoverschen Neuesten Nachrichten“, 1947–1949 der „Abendpost“, 1948 Gründer des „Stern“ (1948–1980 Chefredakteur, 1980–1983 Herausgeber).

43 Dr. Peter Bender (geb. 1923), Historiker und Journalist; 1954–1961 Redakteur beim SFB, 1961–1970 Redakteur beim WDR, 1970–1988 Korrespondent des WDR in Berlin, 1973/74 gleichzeitig Hörfunk-Korrespondent der ARD in Warschau.

sagt, ich allein hätte dieses Problem lösen können. Ich sage Ihnen, ich hätte es nicht gekonnt, wenn die Nation nicht bei sich selbst es so schon beschlossen hätte. Und so und nicht anders wird es auch bei Ihnen sein.“ Er hat also einfach zugegeben, daß eine solche Entscheidung wegen der Oder-Neiße-Grenze nur eine Entscheidung einer ganzen Nation sein kann, so daß selbst der größte und bedeutsamste Staatsmann nicht anders entscheiden könne.

Hier liegen also die Alternativen. Eine labile Koexistenz bedeutet in Wahrheit die Verschiebung der Lösung des deutschen Problems ad calendas graecas. Jetzt mögen die Hoffnungen mancher so sein, daß sie sagen – das ist die Formel, die ich oft gebrauche –, die Geschichte hat eine reichere Phantasie als wir selbst, ihr fällt mehr ein als uns. Also, weil wir es selbst nicht vermögen, lassen wir es nicht darauf ankommen, sondern warten wir ab. Deshalb wäre die Frage, können wir damit rechnen, daß Amerika mitmacht? Ich sage doch nichts dagegen, ich stelle nur eine andere Alternative heraus. (*Gerstenmaier:* Wie sieht die aus?) Die andere Alternative wäre die Anerkennung. (*Gerstenmaier:* Aber nicht für mich!)

Für mich auch nicht! Ich habe ausgeführt, daß die deutschen Patrioten sie aufgestellt haben, die sagen: Was ist denn besser, uns zu belasten mit dem Problem, obwohl es unlösbar ist in menschlich absehbarer Zeit, oder uns freizuschwimmen? (*Gerstenmaier:* Wie heißt das Kind bei der europäischen Friedensordnung?)

Das kann nur immer wieder in dieselbe Formel gekleidet werden. Wir müssen versuchen, bei den Völkern dieses Europas einen Zustand schaffen zu helfen, bei dem sie frei sind von der Furcht kriegerischer Verwicklungen und gewaltsamer Aktionen einzelner Mitglieder Europas gegen andere. Damit sprechen wir Millionen von Menschen und auch die Regierungen – die dürfen es nur nicht zugeben – im Osten an. Damit kommen wir zwar in unseren politischen Aktionen aufgrund des Widerstands der Sowjetunion im Moment nicht vorwärts, aber wir kommen vorwärts in den Gehirnen und Herzen der Menschen drüber. Und das ist eine ungeheure Waffe.

Diese Macht ist es gewesen, die jetzt diese Aktion der Sowjetunion ausgelöst hat. Das zeigt auch das Risiko, das wir mit einer solchen Politik eingegangen sind. – Herr Lemmer!

*Lemmer:* Herr Bundeskanzler! Unsere Politik ist leider nur sehr relativ, und unsere Auseinandersetzungen innerhalb oder außerhalb der Parlamente und in der Koalition sind sekundär, wenn es nicht gelingt, die mit uns verbündete Welt zu einer Haltung zu bringen, die sie bisher einzeln und solidarisch in keiner Weise gezeigt hat. Wir müssen uns damit vertraut machen, daß die Depression in der gesamten westlichen Welt im Augenblick so groß ist wie niemals in der Entwicklung nach 1945, so daß infolgedessen unsere Überlegungen davon ausgehen müssen, was zu aktivieren möglich ist, um den Sowjets rechtzeitig ein Risiko klarzumachen, das sie zur Zeit zu ignorieren glauben oder glauben zu können.

Ich habe keinen Zweifel, daß die Koexistenz, von der der Herr Bundeskanzler als einem Nebeneinander gesprochen hat ... (*Kiesinger:* Das war der Bundespräsident!) Ich bin der Auffassung, es ist mit dem derzeitigen sowjetischen Machtrausch, in dem

sich der Kreml befindet, völlig ausgeschlossen, daß eine Koexistenz, wie wir sie uns vorstellen, überhaupt realisierbar ist, so daß im äußersten Fall ein blasiertes Nebeneinander bleibt.

Ich glaube, wir übersehen, daß alle unsere braven Versuche, die wir Friedensordnung und Ostpolitik nennen, im Grunde scheitern mußten, weil die Sowjetunion durch diese Ostpolitik nicht beruhigt, wie wir erwartet haben, sondern noch mißtrauischer wurde. Sie ist noch negativer geworden in ihrer Haltung auf dem Gebiete der Ostpolitik. Ich befürchte, daß viele Illusionen unseres Koalitionspartners uns die politische Situation noch schwieriger gemacht haben, als das vorher der Fall gewesen ist.

Von Berlin kann ich sagen, daß die Depressionen von Woche zu Woche zunehmen, so daß ich Angst habe vor der Statistik, die im Frühjahr 1968 über die Wanderungsbewegung stattgefunden hat.<sup>44</sup> Diese Bewegung steigert sich von Monat zu Monat. Ich darf Ihnen das mit einigen Zahlen versichern. Freund Gerstenmaier, es geht nicht um die Gefahr einer militärischen Intervention der Sowjetunion auf West-Berlin. Damit rechnen wir – jedenfalls in absehbarer Zeit – nicht.

Es hat mit Prag nach meiner Meinung ein neues Stück Geschichte begonnen von einer Tiefe und Auswirkung, von der wir vielleicht mehr ahnen als kennen. Sie werden Berlin lebensunfähig machen, ohne daß ein Schuß fällt. Da habe ich fast mit allen Berlinern die Sorge, daß die westliche Welt, wenn es nicht um eine provokatorische militärische Aktion geht, nicht durchstehen wird bei dieser Ausblutung der Existenz von West-Berlin. Darum bitte ich um Verständnis dafür, daß wir uns tief beunruhigt fühlen.

Um eine Legende zu zerstören, möchte ich nebenbei bemerken, daß die Darstellungen über unsere Aussprache der führenden Freunde Berlins mit unserem Freunde Bruno Heck unrichtig sind.<sup>45</sup> Dieser Besuch von Heck hat dazu beigetragen, unsere Stimmung zu stützen und unsere Sorgen zu verringern. Das Schlimme ist, daß unsere ganze Bevölkerung, auch hier in Westdeutschland, nicht von der Politik der Regierung und von ihren Erklärungen, sondern von einer unverantwortlichen Publizistik bestimmt wird, wobei ich mir überlegen muß, welche wenigen Organe überhaupt noch die Politik der Regierung im Ernst unterstützen und wieweit der Rahmen der Teile der Publizistik gezogen ist, die zur Panik beitragen, die die Vertrauenskrise auslösen und die eine ganz betont antiamerikanische Propaganda zum Inhalt haben. Ich erinnere nur an die gestrige Fernsehsendung über „Die Angst und der Gehorsam“.<sup>46</sup> (Kiesinger: Die war ja wieder „richtig“ angebracht!) Die war psychologisch so dämonisch angelegt, daß sie in einer zweistündigen Sendung bestens geeignet war, die Moral unserer Bevölkerung, die Mo-

---

44 Von 1964 bis 1968 war die Einwohnerzahl Berlins um 57.000 zurückgegangen, die Einwohnerzahl betrug im August 1968 2.144.000, die Bevölkerungszahl ging im Vergleich zum Vorjahr um 1,1% zurück. Vgl. „Tagesspiegel“ vom 17. August 1968 „Jetzt tut Handeln not“.

45 Heck sprach am 17. August 1968 mit dem CDU-Landesverband in Berlin, vgl. „Tagesspiegel“ vom 18. August 1968.

46 Die Sendung lief um 20.15 Uhr in der ARD und trug den Titel „Deutschland, wo die Unterwerfung des eigenen Willens unter einen fremden als Tugend gilt“.

ral unserer Bundeswehr und die Moral der Bevölkerung in den bedrohten Gebieten noch mehr zu zerstören, als sie bereits zerstört ist. (*Zuruf: Herr Monk<sup>47</sup> war das!*)

Infolgedessen liegt das, was mich mehr beruhigen könnte, nicht auf den verzweifelten Bemühungen unserer Außenpolitik, sondern in einer grundlegenden Neuordnung unserer Innenpolitik bis zu Änderungen bestimmter Bestandteile des Grundgesetzes, wenn wir mit unserem Staat den Einfluß gewinnen wollen, den wir nach beiden Seiten haben müssen.

Die Politik, die bisher geführt worden ist, die ich nicht verneine – ich habe mich dazu bekannt –, hat aber ganz gewiß die Moral unserer Bevölkerung geschwächt, weil sie Hoffnungen und Erwartungen auslöste, die jetzt durch die Handlungen in der Tschechoslowakei natürlich erheblich erschüttert worden sind.

Meine Herren! Ich habe diese Bemerkungen mit ähnlichen Worten schon mehrmals gemacht. Ich darf sie heute wiederholen. Moskau geht es im Grunde nicht um die Existenz, die wir als ein vermutetes Ziel der sowjetischen Weltpolitik ansehen. Die sowjetische Machtpolitik ist expansiver geworden, als sie seit 1945 zu irgendeinem Zeitpunkt war. Die Handlungen in der Tschechoslowakei sind nur ein zufälliger Ausdruck des härter gewordenen Willens Moskaus, den Sieg von 1945 zu erweitern. Ich bitte Sie, die Konzentration der Diffamierung auf die Bundesrepublik und aller ihrer Repräsentanten nicht als eine Nebenerscheinung oder gar als ein Ablenkungsmanöver anzusehen, sondern die reale Gefahr zu erkennen, die der Existenz Westdeutschlands – West-Berlin wird ein Jahr oder zwei Jahre vorausgehen – droht.

Im Kreml gilt das Wort, und zwar in Anlehnung an das alte Wort in Rom über Kartago<sup>48</sup>: Germaniam esse delendam. – Es ist meine feste Überzeugung, daß alles, was gesprochen und geschrieben wird, doppelzüngig ist, dialektisch gemeint und unaufrichtig ist. Unsere Verbündeten müßten mehr begreifen, als sie das tun, daß über die Zerstörung des Restes von Deutschland die Expansion weitergeht, wie sie im Sandkastenspiel des Kreml – wie mir zuverlässig versichert worden ist – schon seit über zehn Jahren betrieben wird. Die tschechische Erosion ist um ein Jahr zu früh gekommen. Der Auftakt sollte im nächsten Jahr sein mit der Spekulation auf ein neu in den Bürgerkrieg verwickeltes Frankreich, auf ein weiter geschwächtes England, auf eine fortschreitende Demoralisierung in dem Rest des freien Deutschlands und mit der Spekulation auf die Ohnmacht Amerikas. Man glaubt nicht, daß Amerika einen Nuklearkrieg ansetzen würde. Ohne nukleare Auslösung fühlt sich heute Moskau so stark wie nie zuvor.

Ich habe also Sorge, und zwar zunächst über Berlin. Ich darf dazu die Bemerkung machen: Ich verlasse diese Stadt nicht, auch wenn sie aufgegeben werden muß! Ich

47 Egon Monk (geb. 1927), Regisseur; 1949 Regieassistent am Berliner Ensemble, 1953 Wechsel in den Westen, 1955–1957 Hörspielregisseur beim RIAS Berlin, 1957–1959 Regisseur und Hörspieldramaturg beim NDR, 1960–1968 Leiter der NDR-Hauptabteilung Fernsehspiel, 1968 Intendant des Deutschen Schauspielhauses, 1970–1997 Tätigkeit als Fernsehregisseur und freier Autor.

48 Nach Plutarch (Leben des älteren Cato 27) soll Marcus Porcius Cato (234–149 v. Chr.) vor dem 3. Punischen Krieg bei jeder Gelegenheit vor dem römischen Senat gefordert haben: *Ceterum censeo Carthaginem esse delendam.*

bleibe in Berlin! Ich weiß, daß das ein großes Wort ist. Es wird keine Situation kommen, daß Sie mich daran erinnern werden, welches große Wort ich in tiefster Sorge um das westliche Berlin gegeben habe.

Ich möchte nochmals sagen, die Bemühungen um die Innenpolitik in der Bundesrepublik sind vordringlicher als die Außenpolitik, um unsere Position zu sichern. Ich habe große Sorge um eine kampfunfähige Sozialdemokratie, der zweitstärksten Partei der Bundesrepublik. Ich halte sie zur Zeit sowohl in Berlin wie auch in Westdeutschland für absolut aktionsunfähig. Hinzut kommt das Aufsteigen der NPD. Ich habe vor Jahren zu denen gehört, die ihr 100 Mandate im nächsten Jahre zutrauen. Das habe ich vor den Wahlen gesagt. Wir haben auch bei dem Heimattreffen in Berlin<sup>49</sup> spüren können, daß diese Leute sehr diszipliniert sind. Sie haben keine Störungen hervorgerufen. Ihre Ignorierung als nicht vorhandene Realität von uns aus halte ich für einen schwerwiegenden Fehler, so groß unsere Abneigung gegen diese Partei sein muß, und wir auch die Gefahr nicht unterschätzen sollten, aber nach der Art des Vogel Strauß, sie existiert nicht, Innenpolitik zu machen, halte ich für absolut falsch.

Mit diesem sehr pessimistischen Ausblick kann ich in dieser Kürze nur Stellung nehmen.

*Kiesinger:* Herr von Weizsäcker!

*Von Weizsäcker:* Ich wollte noch einmal auf die Konvergenz-Theorie zurückkommen. Wir haben alle Anlaß, uns dafür einzusetzen, daß zwei Illusionen nicht mehr eintreten in unserer politischen Debatte; die eine bezieht sich darauf, ob die Konvergenz-Theorie eine geeignete Grundlage unserer Politik sein könnte. Das kann sie in der Tat nie sein, freilich nicht deshalb, weil es keine Anfälligkeit in der Richtung gäbe, sondern deshalb, weil es unveränderte Gewaltpolitik gibt, die diese Anfälligkeit in Schranken hält. Unverändert ist die Gewalt, verändert ist einmal wieder die Notwendigkeit, diese Gewalt einzusetzen im Osten, trotz der Schäden, die sich der Osten zufügt. Das ist die eine Illusion. (*Kiesinger:* Die Sowjetunion!) Jawohl! Die andere Illusion ist die, daß die Sicherheitspolitik ihrerseits Bestandteil von Friedenspolitik sein könnte. Ich meine damit folgendes: Die Sicherheitspolitik muß die Grundlage unserer Ostpolitik sein. Indem sie die Grundlage ist, können die Elemente der Sicherheit nicht ihrerseits Handelsware für Entspannung werden. Wenn man aber Sicherheitspolitik in dieser unantastbaren und, wenn Sie wollen, auch orthodoxen Weise als die Grundlage der eigenen Ostpolitik anerkennt, dann führt für mein Gefühl doch kein Weg daran vorbei, daß auf dieser Grundlage wir über kurz oder lang zu unseren sozial-ökonomischen Brückenschlägen wieder zurückkommen werden, gerade weil das Ziel in den Augen von Moskau drüben erkannt wird.

---

49 Der BdV hatte anlässlich des „Tags der Deutschen“ in Berlin Parlamentarier aus allen Länderparlamenten am 31. August 1968 zu einem „gesamtdeutschen Parlament“ eingeladen, darunter auch 10 NPD-Abgeordnete. Vgl. dpa vom 28. August 1968 „SPD: NPD-Ausschluß wäre undemokratisch“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 2. September 1968 „NPD-Mitglieder im gesamtdeutschen Vorparlament“.

Unsere Ostpolitik muß ihren Anfang im Westen nehmen. Die eigentlich deprimierenden Rückschläge liegen in der Schwäche des Westens. Was in dieser Richtung getan werden kann, um Europa zusammenzubringen ohne antiamerikanische Haltung, das ist der eigentlich springende Punkt oder der Kern unserer Aufgabe.

*Kiesinger:* Herr Röder!

*Röder:* Als Landesvorsitzender sage ich, in einer Situation, in der das Volk seit vielen Jahren nicht mehr durch Ereignisse aufgewühlt ist, müssen wir ein Interesse daran haben, hier im Bundesvorstand darüber zu sprechen, um zu hören, wie wir in dieser aufgewühlten Situation unseres Volkes uns als Partei verhalten sollen, und zwar in dem, was wir dem Volke sagen.

Wir haben zumindest die Chance zu einer besseren Erkenntnis unserer Lage. Ich bin nur nicht sicher, ob wir diese Chance, obwohl sie uns im Laufe der letzten Jahre zum wiederholten Male angeboten war, dieses Mal nutzen werden oder ob wir sie vertun. Selbst wenn wir sie hier an diesem Tisch erkannten, meine Herren, so ist damit noch in keiner Weise sichergestellt, daß auch das Volk, für das wir die Verantwortung tragen, diese Erkenntnis gewinnt.

Besonders das publizistische Verhalten im Deutschen Fernsehen, im Rundfunk und im Blätterwald während und nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei ist nicht dazu geeignet, diese Erkenntnis im echten Sinne zu fördern, daß wir nämlich unsere Ausgangsposition all unserer Politik vergessen haben, daß wir einen schrecklichen Krieg angefangen und ihn verloren haben, daß wir so tun in den letzten 20 Jahren, als hätten wir diesen Krieg nie geführt, sondern als hätten wir diesen Krieg sogar gewonnen. Das ist eine Verhaltensweise von vielen Menschen in unserem Volke. Von daher beurteilen sie unsere Politik und alles das, was um sie herum politisch geschieht. Das muß natürlich zu falschen Ergebnissen führen.

Wenn wir also nicht den Mut haben, diese Ausgangsposition, in der wir uns befinden, die nach wir vor ganz wenig geändert ist, auch in der Beurteilung durch die Franzosen, ganz sicher nicht vom Osten her, zu ändern, dann werden wir in der Zukunft als CDU immer unglaublich würdiger werden in unserer Politik. Wir werden Niederlagen erleiden müssen.

Ich habe volles Verständnis dafür, Herr Bundeskanzler, wenn eine neue Politik begonnen wird. Aber ich stimme Ihnen nicht zu, wenn Sie sagen, wir haben keine Alternativen, wir werden unsere Politik fortsetzen, wir können nicht zum Kalten Krieg zurückkehren. Das scheint mir etwas gefährlich formuliert. Ich persönlich habe den Kalten Krieg nie vertreten. (*Kiesinger:* Der Kalte Krieg ist von einer anderen Seite getrieben worden. – *Starke Unruhe.*) Wir können noch zu einer nüchternen Beurteilung unserer Situation kommen. Ich habe Verständnis für den Herrn Bundeskanzler bei seinem Versuch, Bewegung in die Ostpolitik zu bringen, und daß er dabei einen Optimismus an den Tag legen muß. Er kann ja keine Politik in der Öffentlichkeit vertreten, die er selbst als aussichtslos beurteilt. Er muß also mit einem gewissen Optimismus sprechen. Daß er dann im Sog des Optimismus von Menschen begleitet ist, die dann aus diesem Optimismus eine Illusionspolitik machen, indem sie das, was sie sagen, für möglich halten,

das ist schrecklich in dieser Koalition; noch schrecklicher ist es von seiten der FDP, was da in der Öffentlichkeit geschieht, und es verdirbt alles das, was im Ansatz gut ist und mit begründetem Optimismus gesagt werden muß.

Man erleidet aber auch Niederlagen, wenn man die Ausgangsbasis zu optimistisch beurteilt. Insofern ist politisch immer etwas daran gewesen, wenn Konrad Adenauer gesagt hat: Die Lage war noch nie so ernst; weil er auf diesem Hintergrund, den er überzeugend darstellen konnte, auch einen kleinen Erfolg als wirklichen Erfolg und nicht als Niederlage auslegen konnte.

Ich halte es im gegenwärtigen Augenblick für an der Zeit und für möglich, in der deutschen Öffentlichkeit über unsere Partei deutlich zu machen, daß wir uns darauf bessinnen müssen, wie schwer wir es in der Welt haben, weil wir in der Tat keine Freunde haben. Niemand hat uns das vergessen, was in der Vergangenheit geschehen ist. Völlig vergessen hat es niemand! Wir tun nur so und meinen, es sei vergessen. Aber wenn es ernst wird und es soll jemand für uns eine Hand rühren, dann besinnt er sich darauf: Ihr habt ja die ganze Geschichte verschuldet, warum sollen wir für euch etwas riskieren? – Das wird in der Bevölkerung einfach nicht mehr gesehen.

Wir sind jetzt in der miserablen Lage, daß wir das in einem Zeitpunkt deutlich machen müssen, wo der Radikalismus von rechts diese Gelegenheit benutzen wird, um seinen Weizen zur Blüte zu bringen. Vor einigen Jahren wäre es leichter gewesen. Jetzt ist es schwer, auf der einen Seite dem Volke klaren Wein einzuschenken und auf der anderen Seite zu verhindern, daß die NPD noch stärker wird. Das ist also eine sehr schwierige Aufgabe.

Ich meine aber, daß das deutsche Volk nach wie vor nüchtern und vernünftig genug ist, hier zu unterscheiden, wenn es ihm von Männern gesagt wird, denen es Vertrauen schenkt. Ich glaube, daß die CDU als Partei in ihrer Führungsspitze und in der Breite nach wie vor – im Augenblick sogar mehr als früher – das Vertrauen dieses Volkes besitzt. Wir sollten davon den nicht mehr aufschiebbaren notwendigen Gebrauch machen, weil das für die Zukunft all unserer politischen Arbeit unerlässlich sein wird. Wenn wir diese Chance nicht nutzen und auslassen, worauf sollen wir dann noch warten, um dem Volke die Wahrheit zu sagen. Soll es noch ernster werden? Ich glaube, die Situation ist ernst genug.

*Kiesinger:* Herr Klepsch!

*Klepsch:* Ich habe in den letzten Monaten Auseinandersetzungen mit der Jungen Union über die Konvergenz-Theorie geführt. (*Gerstenmaier:* Glauben die daran? – *Starke Unruhe*)

Herr Bundeskanzler! Ich hätte es manchmal begrüßt, wenn einige Landesvorsitzen-de in ihren Landesverbänden sich mit den Leuten auseinandersetzt hätten. Ich glaube, daß die Situation, in der wir uns heute befinden, eine günstige Ausgangslage als Partei für das Wahljahr eröffnen könnte.

Zur Koexistenz! Ich wundere mich überhaupt nicht darüber, was die Sowjetunion unter Koexistenz versteht. In all ihren Papieren haben die Kommunisten völlig zweifelsfrei definiert, was sie unter Koexistenz verstehen. Es ist auch die Anwendung be-

stimmt worden, unter der die Koexistenz-Theorie zu laufen hat. Für mich ist eigentlich das Frappierende, daß wir immer wieder überrascht sind, wenn bestimmte Aspekte ... (*Kiesinger*: Wer ist denn das „wir“?) Ich würde sagen, Herr Bundeskanzler, unsere Publizistik. In der „Rhein-Zeitung“ kann ich jeden Tag etwas lesen über die Anwendung. Als Beispiel möchte ich herausstellen, daß die Sowjets von Anfang an gesagt haben, daß der Export der Konterrevolution etwas ist, was ausgeschlossen ist in der Zeit der Koexistenz. Wenn sich heute jemand darüber wundert, daß die Sowjets das als Intervention ansehen, wenn jemand freiheitliche Entwicklungsprozesse in ihren Ländern auch nur positiv kommentiert, dann ist das nicht so verwunderlich, als man es vielleicht annimmt. Die Koexistenzposition der Sowjets, auch was das deutsche Problem angeht, ist bekannt. Ich möchte die Übersetzung des Herrn Bundestagspräsidenten gern übernehmen. Wenn wir uns davon etwas abgrenzen wollen, können wir vielleicht davon sprechen, daß wir in einer Art des Nebeneinander uns befinden, aber selbstverständlich nicht daran denken können, uns den Formeln dieser Koexistenz-Theorie zu unterwerfen, weil sie für uns – das hat der Herr Bundeskanzler vorhin deutlich gemacht – den ratlosen Abbau unserer Position einschließen könnte.

Das zweite ist das Wort vom Kalten Krieg. Jemand hat damals nach der Stalin-Ära das Wort vom kalten Frieden erfunden. Ich erinnere mich noch an die Zeitschrift „Ost-Probleme“ mit der Überschrift „Wählt den kalten Frieden“.<sup>50</sup> Kalte Krieger waren eigentlich in der Bundesrepublik alle diejenigen, die die Konvergenz-Theorie nicht zu übernehmen bereit waren. Wer führt denn eigentlich den Kalten Krieg? Es ist klar, daß wir nichts daran ändern können, daß diese Positionen eingenommen werden. Aber wir haben unsere Möglichkeiten zu nutzen, uns damit auseinanderzusetzen. Es geht um die Frage, was sollen wir dem Parteivolk sagen? Hier befinden wir uns in einer etwas schwierigen Lage. Auch unser Koalitionspartner hat es natürlich nicht einfach, weder seinen Mitgliedern noch seinen Wählern eine Deutung der Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zu geben, um bestimmte Positionen in dieser Partei wieder auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Ich habe den Eindruck gehabt, daß auf einige nicht unwichtige Persönlichkeiten der Bundestagsfraktion der SPD diese Ereignisse eine entsprechende Wirkung hatten. Das wird für die Auseinandersetzungen dieser Partei in der Zukunft nicht einfach werden. Ich bin auch davon überzeugt, daß nach einigen Monaten ein großer Teil unserer Publizistik in die alte Beschaulichkeit zurück sinken wird. (*Stingl*: Wer in vier Wochen noch von der Tschechoslowakei redet, ist kalter Krieger!) Das ist klar. Wenn eine Art von Kompromiß bei diesem Moskauer Gespräch zurückgeblieben wäre, dann hätten wir heute bereits einen Teil unserer Publizistik, der die These, von der Kollege Stingl gesprochen hat, verbreitete.

Mir geht es darum, wie kann unsere Partei die Angelegenheit für sich im Hinblick auf das Wahljahr nutzbar machen. Wir haben uns mit der NPD auseinanderzusetzen. Leider ist diese viel zu wenig beachtet worden. Wir hätten das schärfer verwenden sol-

<sup>50</sup> Der 13. Jahrgang (1961) der Zeitschrift „Ost-Probleme“ enthält mehrere Beiträge zum Oberbegriff „Kalter Frieden“.

len, was die NPD herausgegeben hat.<sup>51</sup> In der Publizistik haben wir keinen entsprechenden Niederschlag gehabt. (*Kiesinger*: Worüber?) – Über die Äußerungen der NPD. Das ist einfach untergegangen. Unsere Leute draußen wissen das nicht. Das sollten wir deshalb in unserem Informationsdienst kundtun.

Wir sollten uns auch jetzt mit dem Koalitionspartner darüber auseinandersetzen, wer eigentlich den anderen die ganze Zeit des Bremsens verdächtigt hat. (*Unruhe und Bewegung*.) Wir sind diejenigen, die in den letzten Monaten mit immer stärkerer Intensität als diejenigen dargestellt werden, die den Kurs der Bundesregierung eigentlich vereitelt hätten. Wenn ich den Herrn Bundeskanzler richtig verstanden habe, ist jetzt die Zeit da, wo wir rehabilitiert sind als die Interpreten der Politik des Bundeskanzler. Wir sollten dies auch draußen nutzen. Wenn wir unseren Kurs für die Bundestagswahl bestimmen, dann sollten wir über die Konvergenz-Theorie eine offensive Auseinandersetzung versuchen. Dann werden wir mehr Zustimmung finden, als wenn wir uns ganz abwartend verhalten.

*Kiesinger*: Herr Dufhues!

*Dufhues*: Herr Bundeskanzler, darf ich eine Frage stellen? (*Von Hassel*: Was ist Konvergenz? – *Lebhafte Heiterkeit*.) Wir sollten die Dinge auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Sie haben mit Recht festgestellt, daß sich die militärisch-strategische Situation Deutschlands sehr zu Ungunsten der Bundesrepublik verändert hat. (*Kiesinger*: Zu Ungunsten des Westens!) – Des Westens und damit Deutschlands! Diese Tatsache löst zunehmend in der deutschen Bevölkerung Besorgnis, Angst und Furcht aus. Es wird nicht nur in Berlin, sondern auch bei den jungen Menschen in Deutschland darüber gesprochen, wann der Zeitpunkt gekommen sei, daß man auswandere. Die jungen Menschen machen sich darüber viele Gedanken. Wir sollten also die psychologische Verfassung des deutschen Volkes nicht außer acht lassen.

Meine Frage zielt dahin, welche Ziele verfolgt die Bundesregierung, um die Sicherheit der Bundesrepublik und die Sicherheitspolitik des Westens zu unterstützen und zu stärken? Wir haben fünf Jahre lang unseren Verteidigungsbeitrag abgebaut. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, wieder zu den Anstrengungen zurückzukehren, die angesichts der besonderen Gefährdung des Westens und der Bundesrepublik notwendig sind? Sieht sich die Bundesregierung insbesondere angesichts des Koalitionspartners und angesichts des Wahljahres, das vor uns liegt, in der Lage, das zu tun, was notwendig ist, unsere Sicherheitspolitik zu verstärken und damit die Basis für die Außenpolitik zu entwickeln? Ich meine, daß wir unsere Aufmerksamkeit auch in diesem Zusammenhang lenken sollten auf eine z. T. desolate moralische Verfassung unserer Bundeswehr. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Ein langes Gespräch, das ich mit Generälen, Offizieren und Angehörigen der Bundeswehr hatte, hat mich zu dem Ergebnis geführt, daß vom Auftrag der Bundeswehr bis

---

51 Die NPD hatte den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR befürwortet.

Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 14. August 1968 „NPD lächelt den Sowjets zu“; „Welt“ vom 13. August 1968 „NPD nimmt für Moskau und gegen Prag Stellung“; „Aktuelle Beiträge zur Innenpolitik“ Nr. 31 vom 27. August 1968 „NPD und Kommunisten auf Seiten Moskaus“.

zu vielen Einzelheiten, einschließlich der Unterbringung usw., vieles in dieser Bundeswehr als unzureichend empfunden wird. Sowohl die Gesamtanstrengungen unserer Verteidigungspolitik wie die inneren Probleme unserer Bundeswehr scheinen mir angesichts der von Ihnen mit Recht getroffenen Feststellung eine Aufgabe zu sein, der wir uns größerer Aufmerksamkeit zuwenden sollten.

Nur dann, wenn wir unserer Bevölkerung, wie es früher einmal gelungen ist, das Gefühl der Sicherheit geben und die Sorgen nehmen, die angesichts der jetzigen Gefährdung sehr stark empfunden werden, werden wir erfolgreich auch die Probleme lösen, die wir im Wahlkampf lösen müssen.

*Kiesinger:* Herr Stingl!

*Stingl:* Herr Bundeskanzler, Sie werden verstehen, wenn ich sage, daß mich die Ereignisse vom 21. August besonders bewegt haben; denn ich komme schließlich aus dem Land, in dem zum dritten Mal die Besetzung Prags deutlich macht, daß eine totalitäre Macht die Freiheit gewaltsam unterdrückt, 1939, 1948 und 1968. 1948 war es keine militärische Eroberung, sondern eine Eroberung durch die Kommunisten. Das Angstgefühl in unserer Bevölkerung kann nur behoben werden – wie Dufhues sagt –, wenn das Bündnis in Ordnung kommt. Die Bundeswehr allein genügt nicht.

Ich bin auch für das dankbar, Herr Weizsäcker, was Sie gesagt haben. Wir dürfen nicht mehr in den bisherigen Illusionen leben. In einem totalitären Bereich heißt es nach wie vor: Willst du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich dir den Schädel ein! – Die bewundernswerte Politik der Tschechen, die es doch wirklich versucht haben, in einer langsamen Weise voranzugehen ... (*Kiesinger:* Nein!) Die Ausgangslage im Jahre 1967 ... (*Kiesinger:* Ich habe es den Tschechen gesagt. Es war nicht klug von ihnen.) Na schön, mag es unklug gewesen sein, jedenfalls haben sie es nicht wie die Ungarn gemacht. Sie haben es in einer ganz anderen Weise versucht, so meine ich es.

Ich glaube, wir haben Veranlassung zu sagen, daß wir diese von uns betriebene Politik auf dem Hintergrund einer erneuten Befestigung des Bündnisses weiterführen müssen. Das sollte unsere Konsequenz sein. (*Hahn:* Ich verweise auf die innenpolitischen Auswirkungen, insbesondere auf das schwindende Vertrauen der jungen Generation.)

*Kiesinger:* Die öffentlichen Meinungsumfragen zeigen aber genau das Gegenteil. Wir haben bei der letzten Meinungsumfrage den höchsten Prozentsatz bei der jungen Generation gehabt.<sup>52</sup> (*Lebhafte Unruhe.*)

52 Nach EMNID: Junge Intelligenzschicht 1968/69. Politische Meinungen, Einstellungen und Verhaltensbereitschaften. II. Tabellarischer Bericht vom März 1969 lautete die Parteipräferenz der Oberschüler, Abiturienten und Studenten im Alter von 17 bis 25 Jahren 16% SPD, 35% CDU/CSU, 16% FDP („extrem positiv“); 40% SPD, 44% CDU/CSU, 37% FDP („mäßig positiv“). Hingegen stellte das BPA am 6. Juli 1968 aufgrund einer EMNID-Umfrage vom Mai/Juni 1968 fest: Gegenüber früheren Ergebnissen falle besonders der Rückgang der positiven Stimmen für die Regierung unter den 16–21jährigen auf (statt im April 52% nur noch 46%). In der Erhebung vom Juli 1968 („Die Anhängerschaften der politischen Parteien und ihre Entwicklung“) stellte EMNID bei den männlichen Jugendlichen zwischen 21 bis unter 25 Jahren fest: SPD 32%, CDU/CSU 22%, FDP 10%, NPD 11%; bei den weiblichen Jugendlichen: SPD 22%, CDU/CSU 38%, FDP 7%, NPD 1%.

*Hahn:* Ich glaube, das besagt nichts. Es kommt auf die repräsentativen Gruppen an, gerade auch bei den Studenten, die besagen, daß dort ein schwindendes Vertrauen, nicht nur bei uns, sondern auch in der ganzen westlichen Welt zu beobachten ist. Ich meine, daß die augenblickliche Situation eine neue Möglichkeit geschaffen hat. Deshalb will ich darauf hinweisen, daß wir diese neue Situation irgendwie nutzen müssen. Das gilt gerade für die CDU, um in ein neues Gespräch zu kommen.

*Kiesinger:* Meine Herren! Wir müssen langsam zum Schluß kommen. Lassen Sie mich, weil wir nun doch schon da und dort in die Tiefe gegangen sind, noch einmal etwas sagen und an das anknüpfen, was Herr Röder gesagt hat. Es ist die Frage, inwieweit unser Volk die Wirklichkeit sieht, daß wir tatsächlich auch heute noch im Jahre des Heils 1968 mit den Ergebnissen des Jahres 1945 zu tun haben, d. h. mit dem, was die Russen die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges nennen. Das ist das Faktum.

In diesem Hause stand ich eines Tages zusammen mit dem Berliner Senator Klein<sup>53</sup> und Willy Brandt in einem Zeitpunkt, als die Sozialdemokratie unsere Politik, die Politik Konrad Adenauers, als eine Politik der Stärke noch heftig bekämpfte. Es war damals eine dieser Berliner Krisen. Ich weiß nicht, was gerade los war. Jedenfalls sagte Senator Klein in diesem Gespräch: Sehen Sie, es ist halt so, Berlin lebt nur vom Kalten Krieg. – Ich erwiderte: Das ist eine sehr interessante Feststellung, die Sie da machen. – Herr Brandt teilte sie; in der ihm üblichen Art gab er einen zustimmenden Brummer von sich.

Meine Herren! Eben sagte Freund Dufhues, wir müssen das wiederherstellen, was früher einmal gelungen ist, nämlich das Vertrauen unserer Bevölkerung wiederherzustellen. Das Paradoxe ist, daß man sich in der Zeit des sogenannten Kalten Krieges daran gewöhnt hatte, ihn so zu nennen, aber die Sowjetunion betreibt diesen Kalten Krieg ununterbrochen in immer neuen Formen weiter.

Es war so, daß in der Tat in der Zeit, in der man sich am stärksten vom Osten bedroht fühlte, auch das Gefühl der Sicherheit in unserem Volke am stärksten war, weil in diesem gemeinsamen Gefühl der Bedrohung der Westen zusammenging. Das hörte mit dem Tode von Dulles auf. Warum und wieso, das brauchen wir nicht zu untersuchen. Aber es ist so. Es ist eine ganz selbstverständliche Folge der Entwicklung der weltpolitischen Situation, daß in dem Maße, in dem in den westlichen Ländern das Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion abnahm, unsere Bedeutung im Spiel der Weltpolitik sank; daß ist das Problem, mit dem sich Adenauer in seinen letzten Jahren ständig herumschlug und wo er keinen Ausweg sah.

Wie oft hat er geschimpft auf die Amerikaner, auf die kein Verlaß mehr sei seit Camp David<sup>54</sup> usw. Er suchte eine Zuflucht bei de Gaulle und fand sie nicht. Es war erschütternd für mich, diese letzte Aussprache mit ihm zu führen, als er an de Gaulle appellierte, jetzt sei der große Augenblick gekommen, Europa zu einigen.

53 Günter Klein.

54 In Camp David trafen sich vom 25.–27. September 1959 der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower und Nikita Chruschtschow. Gesprächsthemen waren u. a. die Deutschlandpolitik und die Berlin-Frage. Vgl. AdG 1959 S. 7965f.

Er hat die Grundthesen de Gaulles über die europäische Politik und seine antiamerikanische Politik nie akzeptiert; er hat sie nie akzeptieren können. Was er da getan hat, war ein taktisches Spiel, ein sehr verzweifeltes taktisches Spiel. Er war am Ende mit seinen außenpolitischen Weisheiten.

So war die Lage, meine Herren. Ich will sie Ihnen ganz deutlich sagen. Das ist keine Kritik an diesem bedeutenden Manne, sondern das ist nur die Feststellung. Er hatte seine große Stunde in dem Augenblick, in dem – und das haben wir doch alle miterlebt – die westliche Welt sich durch die Stalinsche Politik gefährdet fühlte. Wer im Europarat war oder in irgendwelchen Gremien anderer Art, konnte doch mit Händen greifen: Sobald dieses Gefühl der Bedrohung vorhanden war, war man zu allem bereit.

Ich weiß noch, wie ich hinter Churchill sitzend den Mann aufstehen sah und ihn proklamieren hörte, es müsse jetzt schleunigst ein europäisches Heer und ein europäischer Verteidigungsminister geschaffen werden. Wir alle dachten, der heiße Winston Churchill. Das wird nächste Woche schon geschehen. Es war ein Auf und Ab.

Denken Sie an den Kampf und die Auseinandersetzungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, was einer der größten Unglücksfälle der europäischen Geschichte ist, die gescheitert ist. Sie wäre ein verlässliches Fundament unserer Politik gewesen.

Ich gebe Dr. Röder recht, wenn er sagt, wir können gar keine andere Politik treiben, als unser Volk illusionslos zu machen. Das war mein Kampf diese ganzen 20 Monate hindurch, um immer wieder dem Volke zu sagen, so steht es.

Nun würde ich allerdings aufgrund genauer Verfolgung der Meinungsumfragen cum grano salis sagen, daß das Volk viel vernünftiger denkt als die sogenannte veröffentlichte Meinung. Durch die ganze Zeit hindurch haben 75% unserer Bevölkerung verlangt, daß wir unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten so stark wie möglich machen. Das war also ein Grundübel, das die ganze Zeit vorherrschend war.

Hinsichtlich Frankreich war man schwankend. Man weiß, dieses Verhältnis der beiden Länder ist ganz entscheidend, aber man ist unglücklich über die Haltung General de Gaulles.

Was den Osten anlangt, so waren unsere Leute ganz vernünftig. Sie haben gesagt, diese Politik ist richtig, aber sie haben auch verstanden, daß diese Politik einen gewissen offensiven Charakter hat. Sie sind nicht von Illusionen ausgegangen. Sie sind nicht der FDP gefolgt oder auch gewissen Äußerungen der SPD. Insofern, Freund Lemmer, würde ich bezweifeln, daß durch die Politik die moralische Widerstandskraft unserer Bevölkerung geschwächt worden sei. Es wäre sonst auch nicht zu erklären, daß sie sich mit solcher Entschiedenheit uns und nicht der SPD zugewandt haben. Es war immer eine Niederlage der SPD, wenn sie versucht hat, von der gezogenen klaren Linie abzuweichen. Das hat sich in der letzten Zeit sehr klar gezeigt.

Für uns ist also die Frage, neben dieser ganz nüchternen und illusionslosen Sprache, die wir sprechen müssen, dafür zu sorgen, daß wir zunächst einmal wieder zwei Dinge unterscheiden: 1. Unsere Sicherheit als Wert an sich, 2. als Ausgangsbasis für eine mögliche Deutschlandpolitik. Beides ist in Frage gestellt. Sie haben sich sicher den

Ernstfall vorgestellt. Sie können sich denken, wie sehr ich das in den letzten Tagen und Wochen wieder getan habe, wie sehr ich mir vorzustellen versuchte, was geschehen würde, wenn ein militärischer Vorstoß auf Berlin – an den ich auch nicht glaube, sondern sie haben die Schlinge in der Hand – oder auf einen sonstigen Teil der Bundesrepublik erfolgte. Wer von uns hat diese Überlegung nicht gemacht! Wir alle kennen das Verteidigungskonzept, meine Herren, und wir alle wissen, wieviel Wert es hat. Es hat genau den Wert, den ihm die Russen beimessen, d. h. es hat solange und soviel Wert, als die Russen annehmen, sie würden im Falle eines solchen Abenteuers Dinge erleben, die es ihnen geraten erscheinen lassen, das Abenteuer nicht zu unternehmen.

Das ist die Frage. Nun stellt sich die Frage, wie groß ist die Abschreckungskraft des westlichen Bündnisses? Das ist nicht nur eine speziell militärische Frage, sondern das ist natürlich ebenso auch eine politisch-moralische Frage. Und hier haben wir einen Prozeß erlebt seit den Tagen von Camp David, der schwer zu deuten ist, der aber immerhin die Feststellung erlaubt, daß diese Abschreckungskraft des Westens in dem Maße nachgelassen hat, in dem es dem Osten gelungen ist, den Eindruck zu erwecken, daß man nichts zu befürchten habe; d. h. wenn man die Welt nur in zwei Interessensphären teile und zusehe – mit gutem oder schlechtem Gewissen –, was der andere in seiner Interessensphäre – ich denke jetzt vom Westen her – vornehme, ohne dabei entscheidend zu intervenieren, daß dann der Friede gesichert sei.

Diese Illusion wurde zum erstenmal ganz erheblich gestört durch Kuba.<sup>55</sup> Aber sehen Sie einmal nach, was nach Kuba geschehen ist. Man hätte erwarten müssen, daß Kuba eine Epoche, eine neue Epoche eingeleitet hätte, d. h. eine Epoche äußerster Wachsamkeit und realistischer Einschätzung der Lage, vor allen Dingen durch die Vereinigten Staaten. Statt dessen ist der höchst merkwürdige Versuch gemacht worden, über den gemeinsamen Atomsperrvertrag hinaus eine auch das bestehende Bündnis überwölbende, zugestandenermaßen sogar möglicherweise erodierende Gemeinsamkeit der Politik zu beginnen. Das ist unsere Situation.

Wenn also die Forderung aufgestellt wird, daß wir nun versuchen sollen, dieses feste Fundament wiederherzustellen, dann müssen wir uns ganz konkret fragen, wie können wir das. Meine Meinung ist folgende: Man muß in der Tat im eigenen Hause, d. h. bei uns und in Westeuropa, beginnen. Jetzt einfach nach Amerika zu rufen und zu sagen, das ist der große Bruder, der uns helfen muß, wäre das falscheste, was wir tun können, sondern wir müssen jetzt schon eine Gipfelkonferenz, ein Treffen der Regierungschefs, vorbereiten. Es ist nicht nur ein Ruf nach den Amerikanern. Wir müssen bei uns anfangen.

Es wird vor allem darauf ankommen – das habe ich in meiner ersten Äußerung im Fernsehen klipp und klar ausgesprochen –, ob die Europäer bereit sind, die dazu unbedingt notwendige Verantwortung, die Bürden und Lasten zu übernehmen, um an der Gestaltung des zukünftigen Geschicks unserer Welt teilzunehmen. Das ist ja das, was die Europäer bisher nicht gewollt haben. Das ist es doch!

---

55 Am 22. Oktober 1962 forderte Kennedy den sofortigen Abzug der russischen Raketen auf Kuba und verhängte eine Seeblockade. Vgl. Nr. 8 Anm. 93.

Deswegen werden die Initiativen, die wir zu ergreifen haben, die sein: erstens selbst ein gutes Beispiel zu geben.

Für mich war interessant, was Grewe mir eben sagte, der Holländer habe erklärt: Für unsere Entscheidung wird es ganz wesentlich darauf ankommen, was ihr macht; nicht um aus der NATO auszuscheren, sondern um etwas zu machen, was uns einfallen muß. Ob das nun eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist, wie Strauß sie vorgeschlagen hat<sup>56</sup>, weiß ich nicht. Damit bin ich nicht zu Ende, genausowenig wie der Bundestagspräsident. (*Gerstenmaier*: Was hat Strauß vorgeschlagen?) Eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Wir müssen also im eigenen Hause anfangen. Dann wäre es eine große Sache, wenn wir uns in Europa einigen könnten. Hier kann ich nur versuchen, General de Gaulle beim nächsten Gespräch beim Wort zu nehmen und ihm zu sagen: Sie haben mir zugegeben, daß, wenn schon keine andere Gefahr, aber jedenfalls doch eine große militärische Gefahr vom Osten droht, dann müssen Sie auch mit die Konsequenzen ziehen in der Form, daß wir dieser Gefahr nun wirklich eine einwandfreie Verteidigung gegenüberstellen. – Ob wir damit Glück haben werden oder nicht, das ist eine andere Frage.

Aber ich sehe, daß wir alle der Meinung sind, daß wir diesen Weg gehen müssen, aber nicht als weinerliche und um Hilfe flehende Menschen, sondern als solche, die einfach auf die Realität hinweisen. Ich bin, was unsere Partei anbelangt, durchaus nicht pessimistisch. Die Ergebnisse zeigen es ja. Nur bin ich der Meinung, wir sollten jetzt wirklich dabei bleiben. Derjenige, der hier in diesem Land völlig nüchtern die Wahrheit sagt, der niemandem etwas vormacht – natürlich keine Panikstimmung macht –, der wird das Vertrauen des Volkes haben.

Wir können, Freund Lemmer, die Dinge so pessimistisch sehen wie Sie, und ich respektiere eine solche Auffassung durchaus, aber wenn man handeln will, dann muß man voraussetzen, daß es eine Chance des Bestehens und Überstehens gibt. Wenn wir so anfangen im eigenen Hause, und zwar nach dem Westen hin, zugleich aber dabei bleiben: Europäische Friedensordnung, dann ist das eine programmatische Formel, die sich an jedermann in der Welt wendet; ich wiederhole, auch an jedermann im Osten.

Das einzige Argument, das man dagegen vorbringen kann, ist dies: Diese Politik wird und muß deswegen im Osten scheitern, weil jedesmal, wenn sich ein Ansatz des Erfolges bei irgendeinem Lande zeigt, die Sowjetunion zuschlägt. Es kommt also darauf an, was geschehen muß, damit die Sowjetunion zuschlägt. Und hier fängt es an, außerordentlich – wie soll ich sagen – unsicher zu werden. Das politische Kalkül führt uns dazu, hier folgendes zu sagen: Wir können nicht kommen mit labiler Koexistenz. Das ist etwas, was wir unter uns denken. (*Unruhe und Bewegung*. – *Gerstenmaier*: Terminus technicus. In der Gaunersprache der Wissenschaft gesprochen. – *Anhal-*

56 Strauß befürwortete – auch unter Hinweis auf die Äußerung des französischen Außenministers Debré (vgl. Anm. 23) – am 1. September 1968 in einem Interview mit der „Welt der Arbeit“ die „Schaffung eines europäischen Bundesstaates mit Verteidigungshoheit für die Zentralregierung [als] den besten und einzigen wirksamen Schritt“.

tende starke Unruhe.) Aber wir müssen doch vor der ganzen Welt eine Formel haben, die akzeptabel ist; denn die Welt wird die Entspannungspolitik weitertreiben.

Nun hat jemand gemeint, in diesem Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“<sup>57</sup> stünden erstaunliche Dinge drin. Da steht gar nichts Erstaunliches drin. Da steht klipp und klar drin, der Westen wird die Entspannungspolitik weitermachen. Er wird sich nicht zu einer anderen Politik hinreißen lassen. (*Lebhafte Unruhe. – Von Hassel:* Herr Bundeskanzler, ich habe nur gemeint, was über den Kalten Krieg dort steht.) Gut! Hier steht: Keine westliche Regierung, zuallerletzt Washington, zeigt Neigung, von einem langfristigen Konzept der Entspannung abzugehen und es mit dem der Konfrontation wieder zu vertauschen. – Jetzt könnte der Herr Bundestagspräsident sagen: Warum immer nur schwarz und weiß? Warum nicht eine labile Koexistenz? – Aber das ist nicht die entscheidende Sorge. Wir sollten dabei bleiben, daß wir sagen: Dieses Europa braucht Frieden. Alle seine Völker brauchen Frieden. An uns wird es bestimmt nicht liegen, wenn es zu diesem dauernden Frieden nicht kommt. Wir werden das unsere dazu beitragen. Das große Problem, das wir mit uns herumschleppen, ist ein zusätzliches. Wieviel ist schon gewonnen, wenn wir unsere Sicherheit bewahren! Nun wollen wir noch viel mehr. Wir wollen nicht nur unsere Sicherheit bewahren, sondern wir wollen die Deutschen in Frieden und Freiheit wieder vereinigen. Da liegt unser Problem. Und dazu brauchen wir unserem Volke nicht die Jacke vollzügeln. Auch das sieht unser Volk völlig nüchtern.

Ich gestehe offen, Freund Lemmer, wenn es uns gelingt, die Voraussetzungen unserer Sicherheit wieder zu stärken und Berlin aus der Schlinge zu ziehen, die es zu erwürgen droht in den nächsten Jahren, dann ist das schon ein sehr, sehr großer Erfolg unserer Außenpolitik.

Ob es uns gelingen kann, das andere zu schaffen, nämlich eine Publizistik, die nun nicht wieder zurückfällt in diesen Illusionismus und in diese bösartige, destruktive Haltung – ich unterscheide zwischen den Illusionisten und den Destruktiven –, das ist eine ganz schwere Frage. Letzten Endes kann man da nur auf eines hoffen: Was sich jetzt in diesen Tagen dort zeigt, ist doch, daß die Erkenntnis einer Gefahr viele zur Besinnung bringt. Betrachten Sie einmal das Bild unserer Publizistik in den letzten Wochen, wie sehr da plötzlich andere Töne laut und andere Worte gesprochen werden und wie man sich auch dort einigermaßen diszipliniert hinter die Regierung stellt. (*Lemmer:* Sogar der Herr Gütt!<sup>58</sup>) Ja! Das ist die Aufgabe, die wir vor uns haben.

57 Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 30. August „Rückschlag für die Ostpolitik Bonns“ (wo es u. a. heißt: „Bonn möchte auch für die Fortführung seiner Ostpolitik in den westlichen Zusammenschlüssen verstrebt bleiben“) bzw. 2. September 1968 „Deutscher Protest in Moskau“ („Kiesinger wollte ... den Beweis führen, daß man auch weiterhin um eine Verständigung mit dem Osten bemüht bleiben müsse“).

58 Dieter Gütt (1924–1990), Journalist: 1956–1966 Redakteur beim WDR, 1967–1972 politischer Koordinator der ARD und Mitglied der Programmdirektion München, 1972 Rückkehr zum WDR, 1973–1978 Hörfunkkorrespondent bei der UNO, 1978–1980 Chefredakteur von „ARD-aktuell“, 1981–1983 Redakteur beim WDR, 1983–1986 Chefredakteur des „Stern“.

Nun erwarte ich mir zunächst einmal ein paar sehr schwierige Monate; denn die Sowjetunion wird, davon bin ich überzeugt, das, was sie in der heutigen Mitteilung angekündigt hat, durch immer stärkeren politischen Druck durchzusetzen versuchen. Das ist meine feste Überzeugung. Es wird darauf ankommen, ob da unser Volk die Probe besteht.

Die Regierung wird mit Klugheit ihren Weg gehen müssen. Sie wird sich dem Volke gegenüber nicht nervös, sondern ruhig und fest zeigen müssen. Das ist alles, was wir im Augenblick tun können. Das zeigt wieder einmal, wie abhängig wir alle sind von Faktoren, die außerhalb unserer eigenen Entscheidungen liegen, und daß wir unsere Politik an diese Gegebenheiten anknüpfen müssen.

Ich weiß nicht, wer Präsident der Vereinigten Staaten wird. Vieles spricht dafür, daß auch die neuesten Ereignisse zu einem Sieg der Republikaner verhelfen werden.<sup>59</sup> Dies könnte bedeuten, daß die Amerikaner bereit wären, in der Frage des Bündnisses und in der Frage des Verhältnisses zur Sowjetunion eine Korrektur vorzunehmen. Ich will jetzt nicht soweit gehen, um mich in diese Dinge einzumischen. Das ist gelegentlich schon einmal zugunsten von Herrn Nixon geschehen. Der Regierungschef sollte sich da hüten, vorzeitig zu intervenieren. Aber immerhin, in diesem Kreise kann man doch die Hoffnung aussprechen, daß es gelingen möge, eine etwas korrigierte Haltung der Amerikaner in dieser Frage zu erreichen. Wenn wir das nämlich nicht erreichen, dann sieht es nicht gut aus, meine Herren!

Die gegenwärtigen Meinungsumfragen in Amerika sind so, daß McCarthy<sup>60</sup> aus dem Rennen geworfen ist, daß Nixon 45%, Humphrey 29% und Wallace<sup>61</sup> – der Rassist – 18% hat. Humphrey ist von 38 auf 29% zurückgegangen.

Im Nixon-McCarthy-Wallace-Team sieht es ein wenig anders aus. Nixon hat 42%, McCarthy 37% und Wallace 16%. Das ist die augenblickliche Lage. Humphrey hat übrigens bei den Unterhaltungen, die ich mit ihm geführt habe, auf mich einen viel besseren Eindruck gemacht als das Bild, das so häufig von ihm gezeigt wird. Es war ein sehr kluger Mann und ein beredter Anwalt der amerikanischen Politik, der sich da zeigte. Es handelt sich hier aber weniger um die Person als um die politischen Gruppen.

Die Republikaner werden ganz bestimmt nicht zu einer Politik der Konfrontation – wie Luchsinger<sup>62</sup> sagt – zurückkehren, aber sie werden diese Politik des crisis-management, der Entspannung, glaube ich, mit größerem Realismus machen, als es die Demokraten bisher gemacht haben. Das ist eine der Hoffnungen, die wir haben. Wir werden in wenigen Wochen sehen, ob diese Hoffnung betrogen hat oder nicht.

59 Vgl. Nr. 21 Anm. 13.

60 Eugene McCarthy (geb. 1916), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1958–1970 Mitglied des Senats.

61 George Corley Wallace (1919–1998), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1963–1967, 1971/72, 1972–1979 und 1983–1987 Gouverneur von Alabama (gelähmt nach Attentat am 15. Mai 1972), 1964, 1972 und 1976 Präsidentschaftskandidat.

62 Dr. Fred Luchsinger (geb. 1921), Schweizer Journalist; 1955–1963 Bonner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, 1963–1967 Auslandsredakteur der NZZ, 1967–1984 Chefredakteur.

**Heck:** Herr Bundeskanzler! Der Herr Rathke hat zusammen mit Herrn von Guttenberg einen Text vorbereitet als eine Erklärung, die wir der Öffentlichkeit übergeben wollen. Der Herr Bundestagspräsident hat sich dann mit kundiger Feder korrigiert. (*Starke Unruhe.*) Ich schlage vor, daß Herr Rathke die Erklärung einmal vorliest.

**Kiesinger:** Bitte sehr!

**Rathke:** Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei erklärte der Bundesvorstand usw.:

Der sowjetische Überfall auf die Tschechoslowakei hat allen europäischen Völkern vor Augen geführt, wie gefährdet Friede und Freiheit in Europa noch immer sind. Das deutsche Volk hat in diesen Tagen aufs neue erlebt, daß die nackte Gewalt des kommunistischen Zwangsstaates den Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben in Europa entgegensteht.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist Gewalt kein Mittel der Politik. Sie erstrebt mit friedlichen Mitteln eine europäische Friedensordnung. Nur böswillige Propaganda kann dies leugnen. Die CDU weiß, daß der Weg zu diesem Ziel lang ist. Sie hat immer denen widersprochen, die geglaubt haben, auf diesem Wege seien schnelle und billige Erfolge zu erreichen.

Den Menschen in der Tschechoslowakei wurde eine fast untragbare Last auferlegt. Ein Ende der Okkupation ist nicht abzusehen. Auch andere Völker Osteuropas fühlen sich bedroht. Die CDU protestiert dagegen, daß Ulbrichts Gewaltregime auch Deutsche gezwungen hat, an der widerrechtlichen Besetzung teilzunehmen.

Die Friedenspolitik der CDU setzt entschlossene Abwehrbereitschaft und die Fähigkeit voraus, diese Bereitschaft deutlich zu machen. Die Stärkung der NATO ist deshalb unerlässlich, die Einigung Europas zwingender als je zuvor. Europa muß mit einer Stimme sprechen. Seine Kraft wird nur wirksam, wenn die Staaten des freien Europas fest miteinander verbunden sind.

**Kiesinger:** Meine Herren! Ich darf gleich meine Meinung sagen. Ich halte diese Erklärung im gegenwärtigen Augenblick für absolut falsch! Wir haben heute eine sehr ernste Intervention der Sowjetunion hier in diesem Hause gehabt. Ich sage das nicht etwa, weil ich Angst hätte vor einer solchen Intervention, sondern deswegen, weil ich mir überlege, was in diesem Augenblick unserem Volk gesagt werden muß und was der Welt gesagt werden sollte. Jetzt noch große Deklamationen über das Schicksal der Tschechen und Slowaken zu machen, halte ich völlig überflüssig; ich bin aber der Meinung, daß man durchaus sagen kann: Die Ereignisse in der Tschechoslowakei haben das und das gezeigt; also ganz nüchtern. Ich würde von jeder Sprache absehen, die uns in diesem Augenblick bei unserem Volke und bei der übrigen Welt nichts bringt, aber unnötig dagegen denen drüben den Vorwand liefert: Da habt ihr den erneuten Beweis der Feindseligkeit.

Meine Herren! Ich bitte Sie, die Lage ernster zu sehen! Ich habe eben gesagt, wie ernst ich die Situation sehe. Deswegen bin ich dafür, eine Erklärung abzugeben, die ausgeht von den Ereignissen in der Tschechoslowakei und sagt, daß wir unsere Politik fortsetzen, die allen Völkern – Sie können ja, wenn Sie das Wort von der europäischen

Friedensordnung nicht wollen, so sagen – eine Zukunft in Frieden sichern soll; die weiter sagt, daß wir als Ausgangsbasis unserer Politik den westlichen Zusammenhalt brauchen, daß deshalb das atlantische Bündnis gekräftigt werden muß; daß dazu notwendig ist, daß die Europäer selbst das ihrige dazu tun und nicht einfach – ich spreche jetzt ins Unreine – nach dem großen Bruder rufen.

Wenn wir das sagen, dann glaube ich, ist das ausgesagt, was in diesem Moment unserem Volke guttut und zweitens der Welt klarmacht, was wir wollen, ohne daß wir jetzt – allzu viele warten doch darauf, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen – Töne anschlagen, die gerade uns nicht anstehen. Deswegen bin ich dagegen, daß diese Sprache gesprochen wird. Ich schlage vor, eine neue Resolution zu entwerfen, die diese Gedanken enthält. Ich schlage vor, ein kleines Redaktionskomitee einzusetzen, das dies macht. – Herr Bundestagspräsident!

*Gerstenmaier:* Verehrter Herr Bundeskanzler! Jetzt bin ich in der Situation eines Mannes, der eigentlich mit einer gewissen Überzeugung die Erfinder dieses Entwurfs verteidigen möchte. Ich habe diese Sache ja auch gesehen und habe zwei Abschnitte herausgestrichen. Ich bin froh, daß mein Freund Bruno Heck mir hierbei beigestanden und keinen Widerstand gemacht hat. Ich bin auch froh, daß Dr. Rathke sich mit dieser Kürzung abgefunden hat. Dabei ist schon einige Polemik herausgewandert, Herr Bundeskanzler.

Mir ist auch ganz klar – nur deshalb spreche ich jetzt dazu –, daß wir vor einem interessanten Beispiel stehen. Früher habe ich an diesem Tisch einmal gesagt: Die CDU ist eine Verfassungspartei ersten Ranges. In den 14 Jahren Konrad Adenauers sind wir gedrillt worden, eine Kanzlerpartei zu sein, aber, meine Herren, es gibt natürlich auch technische Schwerpunkte. In dieser Erklärung steht – das hat Herr Rathke vorhin weggelassen, aber nur deswegen, um niemand zu langweilen, ich muß es jetzt nachfragen: Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei erklärt der Bundesvorstand der CDU, der am 2. September unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Kiesinger in Bonn zusammentrat.

Hier ist der Bundeskanzler insbesondere wieder einmal ins Bewußtsein gerückt. Dieser Bundeskanzler mußte heute in einer sehr schwierigen Situation dem russischen Botschafter mit Ernst und Würde begegnen. Er hat ihn zurückgewiesen, und er wollte, daß diese Zurückweisung kein Kriegsakt ist oder nicht als ein solcher mißdeutet werden kann, sondern als ein Exempel des Friedens verstanden wird.

Nun verstehe ich, daß er am Abend, einige Stunden später, als Parteivorsitzender mit einer anderen Zunge reden soll zu seinem Volk als zum russischen Botschafter. Da verstehe ich die Schwierigkeiten, aber, mein verehrter Herr Bundeskanzler, schließlich und endlich, die CDU muß natürlich frei sein. Man muß auch verstehen, daß es ihr verstattet sein muß, in einem solchen Falle auch einmal eine andere Sprache zu sprechen, als sie der Bundeskanzler aus wohlerwogenen Gründen ... (*Kiesinger:* Nein, ich spreche jetzt als Parteivorsitzender!) Als Parteivorsitzender müssen Sie unserem Herzen einen angemessenen Ausdruck geben. Ich finde, daß das eigentlich noch ganz würdig ist, wenn wir das sagen, was wir empfinden. Man hätte noch viel mehr sagen können. (*Kiesinger:*

Meinen Sie, man soll immer das sagen, was man empfindet? – *Unruhe und Bewegung.*) Herr Bundeskanzler, Ihre spezielle Vokabel mit der europäischen Friedensordnung steht drin, aber mit einer so treuherzigen Bekundung unseres Friedenswillens muß es doch verstattet sein, auch noch zu verbinden die freie Stimme des Protestes! Wenn wir das Vergnügen nicht mehr haben, was haben wir denn dann noch von der Freiheit! (*Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Es geht nicht um Charakterfragen, sondern um schwierige politisch-diplomatische Fragen. Wie macht man es nun, um den Parteivorsitzenden und den Bundeskanzler unter einen Hut zu bringen? Das ist das Problem. Ich fürchte, wie soll und kann dies das kleine Gremium machen. (*Kiesinger:* Ich traue Ihnen das zu, wenn Sie dabei sind!)

Was wir jetzt sagen, kann noch kürzer sein, aber es muß gehauen und gestochen sein. Es muß die Tiefe der Empfindung irgendwie zum Ausdruck bringen. Ich habe einen Satz herausgestrichen, weil ich gesagt habe, der Satz ist bestenfalls noch haltbar. Ich will Ihnen den mal vorlesen: Die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland hat diese neue schwere Herausforderung mit besonnener Festigkeit beantwortet. Ich bin nicht der Meinung, daß dieser Satz richtig ist. Ich bin aber auch nicht der Meinung, daß er falsch sei, sondern teils, teils! Aber das muß nuanciert gesagt werden oder gar nicht. Also sagen wir es lieber nicht. Aber was wollen wir denn jetzt tun? (*Anhaltende Unruhe.*) Sollen wir uns hinsetzen und uns anstrengen, daß wir eine charaktervolle Sache herausbringen, die dem Bundeskanzler morgen bei den Russen nicht im Wege steht? (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*)

*Lemmer:* Ich habe immer festgestellt, daß eine harte Sprache von den Russen mehr geschätzt und auch als glaubwürdiger hingenommen wird, als wenn wir nur weich auf eine unerhörte Bedrohung reagieren. Wir haben noch gar nicht gesprochen von den Divisionen an der deutschen Grenze. Das wäre doch in normalen Zeiten ein Grund zu einer Demarche in Moskau, um zu fragen, was das bedeute.

Das ist doch Kriegsbedrohung! Das hat es doch noch nie gegeben, daß an der Grenze eines großen anderen Landes Divisionen aufmarschieren, und wir sagen nichts! (*Zuruf: Sehr richtig!*) Ich wiederhole, eine harte Sprache verstehen die Russen besser, auch wenn sie sich gereizt fühlen, aber sie nehmen uns ernster. (*Unruhe.*)

*Kiesinger:* Herr Röder!

*Röder:* Ich stimme ... (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*)

*Kiesinger:* Meine Herren! Ich bitte um Ruhe! – Herr Röder hat das Wort.

*Röder:* Ich stimme dem Bundeskanzler insofern zu, als er diese Formulierung der Erklärung nicht für glücklich hält. Inhaltlich kann man das durchaus sagen, man sollte es nur nicht in dieser Form bringen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich halte gar nichts davon, meine Herren, wenn man in harten Worten so tut, als ob wir so stark seien. So stark sind wir gar nicht. Ich habe etwas dagegen, wenn wir uns hier ein Urteil über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei anmaßen. Das steht uns nicht an, meine Herren! (*Unruhe und Bewegung.*) Uns nimmt man das noch nicht einmal ab. Wir müssen gerade an diesem Punkt sehr zurückhaltend sein; um so wirkungsvoller wird es sein.

Ich erinnere mich heute noch daran, was Freund Gerstenmaier auf einem Parteitag gesagt hat.<sup>63</sup> Ich bitte Sie, ihn in dieses Komitee zu delegieren. Ich wäre bereit, auch mitzumachen. (*Gerstenmaier*: Es hat gar keinen Zweck, wenn die Sache keinen Charakter und kein Gesicht hat! – *Unruhe*.) Aber Charakter und Form sind doch zweierlei!

*Kiesinger*: Nun haben Sie sich freiwillig gemeldet. Ich schlage vor, daß es drei Herren sind. Und ich sollte es immerhin sehen. (*Starke Unruhe*.)

Ich kann nur immer wieder sagen, ich brauche mehr denn je die Unterstützung meiner Partei, die klare Zustimmung meiner Partei zu meiner Politik, gerade dann, wenn der Osten versucht, hier zu attackieren. Ich kann nur noch einmal sagen, was die am meisten fürchten, ist nicht eine harte Sprache, sondern eine differenzierte Politik, die sie in die Gefahr bringt, daß sie tatsächlich die Kontrolle über ihr Imperium verlieren.

Das ist die Gefahr, und davor haben die Angst. Das treibt sie zu einer desperaten Politik. Nach meiner Meinung hätten sie diese Politik nicht nötig gehabt. Daß sie trotzdem gemacht worden ist, kann ich nur darauf zurückführen, daß sich in Moskau eine Gruppe durchgesetzt hat, die politisch weniger differenziert zu denken vermag, als es eigentlich der Situation entsprochen hätte; denn soweit war es in der Tschechoslowakei noch nicht.

Ich will nicht zu hart über Dubcek urteilen, aber er mußte wissen, daß seine Parole „Sozialismus und Freiheit“ die Freiheit heißt, und daß das von Moskau niemals akzeptiert werden würde. Das mußte er wissen. Ob er das aufhalten konnte, das ist eine andre Frage. Das wage ich nicht zu beurteilen. An seiner Stelle hätte ich die Pressezensur gelassen. Es ist doch eine Frage, wie ich sie ausübe. (*Starke Unruhe*.) Nun zurück zur Erklärung! Ich bin für eine feste und klare Sprache und auch dafür, was der Herr Bundestagspräsident gesagt hat, nämlich eine Erklärung, die Gesicht hat. (*Starke Unruhe*. – *Gerstenmaier*: Der Überfall auf die Tschechoslowakei ...) Das würde ich nicht sagen. – Herr Röder!

*Röder*: Man könnte sagen: Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union hat sich in einer Sondersitzung unter dem Vorsitz seines Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Kiesinger mit der durch das Vorgehen der Sowjetunion in der Tschechoslowakei veränderten Lage in Europa und seinen Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland befaßt. (*Starke Unruhe und Bewegung*. – *Heck*: Meine Sprache kann nichts dazu beitragen.)

*Kiesinger*: Das darf ein Politiker nie von sich sagen. Er muß hart sein, er muß aber auch in der Lage sein, eine geschmeidige Sprache zu reden. (*Heck*: Sein hartes Vorgehen ... – *Anhaltende starke Unruhe*.)

Lieber Herr Heck! Wir machen doch hier keine Geschichtsschreibung! (*Heck*: Nein, aber auch keine Note an die Sowjetunion, sondern eine Erklärung an das deutsche Volk. – *Anhaltende Unruhe*.) Die eine Note an die Sowjetunion zu gleicher Zeit ist, die am

<sup>63</sup> Rede beim CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf am 29. März 1965 (vgl. CDU, 13. BUNDES-PARTEITAG S. 86–98, hier S. 86f.), in der Gerstenmaier eine „nüchterne Weltorientierung“ und eine „gewissenhafte innere Orientierung“ angemahnt hatte.

selben Tage erscheint, an dem diese todernste Erklärung hier in diesem Hause abgegeben worden ist. Ich bitte Sie, das doch zu bedenken!

Ich bin der letzte, der Angst hat. Wie Freund Lemmer erklärt hat, er werde nicht aus Berlin gehen, so stehe ich für diese Politik, auch wenn wer weiß etwas passiert! Ich behaupte nach wir vor, es war diese Politik, die ihnen am meisten Sorge gemacht hat. Eine Politik der starken Worte ist schlecht. (*Gerstenmaier*: Nun dürfen wir jetzt nicht „jugoslawisch“ und „rumänisch“ werden; denn die Herren haben in den letzten Tagen ihre Sprache gründlich geändert. Sie sind ganz leise geworden. – *Lemmer*: Sogar der Kommunistische Weltgewerkschaftsbund hat sich distanziert.<sup>64</sup>) Wer redet denn davon, daß man sich nicht distanziert! (*Lemmer*: Hart formulieren! – *Unruhe*.) Schauen Sie doch an, meine Herren, was die verschiedenen Regierungschefs in den letzten Tagen gesagt haben. Es wird doch überall behutsamer, überall vorsichtiger, und zwar aus guten Gründungen, weil jedes dieser Länder seine eigene Politik und seine eigenen Interessen dabei im Auge hat.

Worauf kommt es uns denn an? Uns kommt es doch, meine Herren, jetzt ganz offen gesagt, bei aller emotionalen Teilnahme am Schicksal der Tschechen, nicht darauf an, nun immer wieder diesen Schritt zu verurteilen. Den verurteilen wir, aber das immer wieder hinauszusagen, wozu führt das? Worauf es uns ankommen muß, ist doch, dem deutschen Volke zu sagen, daß wir eine glaubhafte Politik betreiben, und unseren Verbündeten zu sagen, daß diese Politik, die sie selber ja wollen – sie nennen sie die Politik der Entspannung –, überhaupt nur Chancen des Erfolges hat, wenn sich die westliche Welt zusammenfindet. Ich würde diesem Teil unserer Aussage den eigentlichen Akzent geben. (*Stingl*: Etwas ganz anderes! Was sagt der Bundesvorstand zu der Listenverbindung mit der NPD?)

*Heck*: Ich bin strikt dagegen. Wer sich die Situation in einem Dorf vorstellt, wo 100 Leute wohnen, wird das nachfühlen. Die Leute sind miteinander in die Schule gegangen und befreundet. Wenn nun bei verschiedenen Parteien eine Liste aufgestellt wird für den Gemeinderat, dann wird so getan, als sei der Nationalsozialismus bereits wieder in Deutschland. (*Bewegung und starke Unruhe*. – *Stingl*: Hat jemand eine Ahnung, was da los ist?) Ich weiß nur, in zwei kleinen Dörfern in Niedersachsen hat es eine Listenverbindung für die Gemeinderatswahl gegeben.<sup>65</sup> Unsere Freunde haben schon vor Monaten vorausgesehen, daß das nicht zu vermeiden sei, weil man im Grunde auf der kommunalen Ebene von einer Parteiengruppierung überhaupt nicht reden könne.

64 Vgl. „Welt“ vom 2. September 1968 „Kommunistische Gewerkschafter protestieren“.

65 In Eimbeckhausen (Kreis Springe) und Dorfmark (Kreis Fallingbostel) waren zur niedersächsischen Kommunalwahl am 29. September 1968 örtliche Parteigruppierungen von CDU und FDP Listenverbindungen mit FDP, BHE und NPD eingegangen, vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 2. September 1968; „Frankfurter Rundschau“ vom 29. August 1968 „CDU und FDP verteidigen Absprachen mit NPD“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 31. August/1. September 1968 „Kummer mit Dorfmark“. – Nach einer Sitzung des CDU-Parteigerichts wurde festgestellt, daß kein parteischädigendes Verhalten vorgelegen habe, vgl. „Cuxhavener Zeitung“ vom 11. September 1968.

Ich finde, da ist schon viel zuviel gesagt worden, was vom Ausland gegen uns zitiert werden kann. Was von uns aus zu sagen ist, haben unsere niedersächsischen Freunde schon getan.

Ich halte es für überflüssig, daß wir vom Bundesvorstand aus etwas dazu sagen. (*Stingl*: Wenn diese Sache auf dem Gewerkschaftskongreß der IG Metall angesprochen wurde als ein Angriff gegen FDP und CDU, dann muß der Bundesvorstand doch etwas dazu sagen.)

*Kiesinger*: Ich darf die Mitglieder des Bundesvorstands auf folgendes hinweisen: Es ist ganz deutlich, daß Moskau gegenwärtig versucht, die SPD zu schonen und die ganze Wucht ihres Stoßes gegen mich persönlich und gegen die CDU zu richten. Darf ich Sie bitten, von folgender Formulierung der „Prawda“ Kenntnis zu nehmen: Entschluß der Partei Kiesingers, mit der NPD zu paktieren, läßt auf schwarzbraune Koalition schließen. Der Bonner Korrespondent der Zeitung bezeichnet den Entschluß der Partei Kanzler Kiesingers, bei den bevorstehenden Gemeindewahlen in Niedersachsen mit der neonazistischen NPD zu paktieren, als ein neues Symptom, das auf die Möglichkeit einer schwarzbraunen Koalition in Bonn schließen läßt.<sup>66</sup>

Die Frage ist in der Tat berechtigt, die Herr Dr. Heck gestellt hat, sollen wir das nun hochspielen, indem wir, wie das die FDP gemacht hat, ein Parteiausschlußverfahren verkünden oder nicht.

Die Lage in Niedersachsen ist merkwürdig. Ich erinnere mich an einen Ausspruch im Fraktionsvorstand, wo bei der Beurteilung der NPD einer unserer Freunde sagte: Das sind meine Schulkameraden, die kenne ich alle ganz genau. Es sind anständige Leute. Was heißt hier rechts? Rechts von mir gibt's nichts mehr. (*Heiterkeit. – Unruhe.*) Das war natürlich auch eine Feststellung. (*Heiterkeit.*) Ich habe dazu geneigt, so zu reagieren wie Dr. Heck, nämlich zu sagen, was können wir da schon machen außer der kritischen Stellungnahme, die Herr Rathke gemacht hat. Es sind zwei Gemeinden. (*Unruhe. – Zurufe*: Dorfmark und Eimbeckhausen.)

*Klepsch*: Der Bundesvorstand der Jungen Union war vor 14 Tagen in Hannover mit Herrn Langeheine zusammen. Ich kann sagen, es sind eigentlich nur Eulenspiegeleien, die dort vorgekommen sind. Es ist völlig unverständlich, wie das in der Publizistik so hochgespielt werden konnte. Es ist keiner der Beteiligten in irgendeiner Partei! (*Zuruf*: Sehr richtig!) Die Leute, die dort als CDU kandidieren, sind überhaupt keine Mitglieder der CDU, und die Leute, die als NPD kandidieren, sind auch keine Mitglieder der NPD. Infolgedessen kann man sie auch nicht ausschließen. (*Heiterkeit und Bewegung.*)

In Dorfmark, wo der sogenannte NPD-Mann in diese Zälgemeinschaft gegangen ist, war eine Gemeinschaftsliste vorgesehen. Es hätte kein Hahn danach gekräht, aber weil die Landesleitung der CDU darauf bestanden hat, daß überall dort, wo es möglich

<sup>66</sup> Die „Prawda“ vom 2. September 1968 kritisierte auch die Abhaltung des „Tages der Deutschen“ durch den BdV in Berlin (Anm. 49): „Diese Zusammenrottung abgefiepter Revanchisten und Hetzer widerspricht in grober Weise dem besonderen Status Westberlins“ (nach BPA-Nachrichtenspiegel/Ostteil Nr. 166/68 vom 2. September 1968), vgl. „Rundschau am Sonntag“ vom 1. September 1968.

ist, die CDU selbst in die Schlacht zieht, hat sich die CDU aus dieser Bürgerliste zurückgezogen. Um nun das Ganze zu retten, haben alle anderen jetzt ihr Firmenschild aufgemacht, um die Zählgemeinschaft herzustellen.

Der Kandidat der NPD, ein Ingenieur, ist seit 16 Jahren in dem Gemeindepalament, früher als Abgeordneter der DRP. Als solcher war er in einer Fraktionsgemeinschaft mit der SPD. Da hat kein Hahn danach gekräht. Und jetzt erscheint im Firmenschild: NPD mit der CDU. (*Unruhe.*) Langeheine hat alles gemacht. Er hat Parteiverfahren gegen die Beteiligten CDU-Leute eingeleitet. Das bezieht sich auf den Ort Dorfmark. Mehr kann er nicht tun. Der CDU-Landesverband und alle Bezirksvorstände haben beschlossen, keine Zählgemeinschaften mit der NPD zu machen. Wenn nun trotzdem so etwas passiert, dann kann nicht mehr geschehen, als daß das Parteiverfahren eingeleitet wird.

Die eigentliche Sorge des Herrn Diederichs ist eine andere, daß nämlich bei den Kommunalparlamenten die gewählten NPD-Leute – die überall erwartet werden – in geheimer Abstimmung bei der Wahl der Oberbürgermeister und Landräte die SPD-Oberbürgermeister abwählen.

*Kiesinger:* Hier etwas zu ändern, soll ja zu spät sein, weil die Frist dafür verstrichen ist. Die Geschichte hat eine gewisse psychologisch-propagandistische Bedeutung im Ausland. Aber es ist einer der Punkte, der dazu führen soll, daß ein Gewichtchen mehr in die Wagschale geworfen wird zu einer möglichen sowjetischen Intervention nach den Art. 53 und 107. Das wird alles fleißig gesammelt, um dann zu gegebener Zeit gegen uns verwendet zu werden. Deswegen bin ich dafür, eine klare Sprache zu sprechen, aber nichts zu tun, was in diesem Sinne Pulver liefert für das sehr ernste Artilleriefeuer, das nun auf uns gezielt wird. Etwas zu unternehmen in Niedersachsen halte ich auch für untnlich. Das würde die Sache nur dramatisieren und uns schaden.

Ich habe noch eine Frage an den Bundesvorstand. Seit langer Zeit ist eine Auslandsreise von mir vorbereitet und alles fix und fertig abgemacht in Ergänzung der letzjährigen Reise, als ich in Indien, Pakistan, Burma und Ceylon war.<sup>67</sup> Nun werde ich in die Türkei, in den Iran und nach Afghanistan reisen.<sup>68</sup> Es wäre natürlich außerordentlich peinlich, wenn ich diese Reise jetzt ablasen ließe. Das wäre in mehrerer Hinsicht gefährlich. Das könnte zu einer gewissen Panikstimmung bei uns beitragen. Es könnte ein Zeichen der Schwäche gegenüber der Sowjetunion sein, was ich gar nicht geben möchte, denn das ist eine politische Aktion.

Ich habe bei den Botschaftern angefragt: Denken Sie, daß die neuesten Ereignisse unsere Gespräche irgendwie erschweren könnten? Die Antwort war ganz klar und deutlich: Nein! – Besonders stark war auch die Antwort in Afghanistan, obwohl die ziemlich stark an die Sowjetunion seit unserem denkwürdigen Besuch, Herr Bundespräsident, in Kabul gebunden sind.<sup>69</sup> Inzwischen ist ein anderer Ministerpräsident dort. Sind Sie der Meinung, daß ich die Reise machen soll? (*Gerstenmaier:* So, wie die Din-

67 Vgl. Nr. 16 Anm. 3.

68 Kiesinger besuchte vom 5.–15. September 1968 die Türkei, den Iran (dazu AAPD 1968 Nr. 295) und Afghanistan. Vgl. AdG 1968 S. 14201 f.

69 Vgl. Nr. 21 Anm. 30.

ge heute stehen, ja! Sie werden mindestens einen Scheck aus der Tasche ziehen müssen! – *Zurufe: Ja!* – *Anhaltende Unruhe.*) Das muß ich so oder so. Ich habe das heute bereits angeboten. Dort unten ist ja eine furchtbare Erdbebenkatastrophe. Es sind bis jetzt 20.000 Tote und über 50.000 Verletzte dort nach dem Erdbeben.<sup>70</sup> (*Unruhe und Bewegung.*) – Herr Rathke!

*Rathke:* Ich darf vorlesen: Der Bundesvorstand der CDU hat sich in einer Sondersitzung unter Vorsitz des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Kiesinger am 2. September in Bonn mit der durch das Vorgehen der Sowjetunion in der Tschechoslowakei veränderten Lage in Europa und ihren Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland befaßt. (*Von Hassel:* Muß es eine Sondersitzung sein? – *Gerstenmaier:* Sondersitzung ist doch eine Dramatisierung, in der nichts drin ist. – *Kiesinger:* Es ist besser, keine Sondersitzung.)

Das deutsche Volk hat in diesen Tagen aufs neue erlebt, daß die nackte Gewalt des kommunistischen Zwangsstaaten den Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben in Europa entgegensteht. Die CDU faßt diese Tatsache nüchtern ins Auge. Sie läßt sich jedoch auch dadurch nicht davon abhalten, ihre Politik des Friedens und der Sicherung unserer Freiheit mit Entschlossenheit fortzusetzen.

Unser Mitgefühl gehört unserem schwergeprüften Nachbarvolk. Die Friedenspolitik der CDU setzt die entschlossene Abwehrbereitschaft des deutschen Volkes und der nordatlantischen Bündnisgemeinschaft voraus. Die Stärkung der Nato ist deshalb unerlässlich, die Einigung Europas zwingender als je zuvor. Europa muß mit einer Stimme sprechen. Seine Kraft wird nur wirksam, wenn die Staaten des freien Europas fest miteinander verbunden sind.

*Kiesinger:* Nein, meine Herren, damit kann ich nicht einverstanden sein! Es tut mir furchtbar leid, schon „kommunistischer Zwangsstaat“! (*Unruhe und Bewegung.*) Die kommunistischen Staaten sind nicht alle im Osten. Ich habe mich immer dagegen gewehrt. (*Starke Unruhe.*) Warum müssen wir solche Ausdrücke gebrauchen? Das alles läßt sich doch mit einer klaren Sprache auch anders sagen. (*Gerstenmaier:* Das ist eine Verurteilung, Herr Bundeskanzler, und diese Verurteilung soll sein! Wir wollen ja diese Brüder verurteilen!)

Herr Bundestagspräsident! Der amerikanische Präsident sagt: Ich habe mit tiefen Schmerz diese Entwicklung verfolgt. – Der Mann sagt das natürlich nicht umsonst so. Ich habe diese Formel nicht geliebt, aber denken Sie doch daran, daß es in der Tat für uns wichtig ist, zur Kenntnis zu nehmen, daß keine westliche Macht in dieser Sache mehr tut als eine verbale Verurteilung des Unternehmens in mehr oder weniger starker Sprache.

Dieser Gewaltakt ist geschehen in einem leider von der westlichen Welt der Sowjetunion zugestandenen Interessenbereich. Die westliche Welt hat diesen Gewaltakt verbal verurteilt und sich davon distanziert. Wir tun es auch. Wir haben sogar einen besonde-

<sup>70</sup> Kiesinger hielt sich vom 12.–15. September 1968 in Kabul auf, vgl. ACDP 01-226-320. – In der Nacht des 31. August erschütterte ein Erdbeben die iranische Provinz Khorassan, die an Afghanistan und die Sowjetunion grenzt, vgl. AdG 1968 S. 14167.

ren Grund, es zu tun, nämlich im Blick auf den anderen Teil Deutschlands. Das ist ganz anders als bei anderen Ländern. Das ist unser Problem, daß dieser Teil Deutschlands zu dieser sozialistischen Völkerfamilie gezählt wird. Um so differenzierter müßte unsere Sprache sein. Ich kann einfach weder einen innenpolitischen noch einen außenpolitischen Effekt darin sehen, daß wir das so sagen.

*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler, wenn Sie das wollen, nämlich unter Umständen aus Gründen der Staatsräson und im Blick auf Ihre Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Volke darauf bestehen müssen, dann bin ich bereit, mich dem in Gottes Namen zu fügen. Aber dann schlage ich vor, nur eine kurze redaktionelle Mitteilung zu machen, der Bundesvorstand der CDU habe sich eingehend mit der Lage befaßt und seine Politik überprüft. Sie beharre auf der Beibehaltung ihrer Politik des Friedens und der Freiheit. Aus!

*Kiesinger:* Nein, wir müssen zu diesem Punkt mehr sagen und die Konsequenzen ziehen. (*Starke Unruhe.* – *Gerstenmaier:* Aber, Herr Bundeskanzler, wir Zeitgenossen in einem Nachbarvolk können unmöglich hier einfach das verschweigen ...) Aber, lieber Herr Bundestagspräsident! Was ist mit den Esten, (*Anhaltende Unruhe.* – *Gerstenmaier:* Genau wie beim Hitler!) mit den Letten, was ist mit den Litauern geschehen? Das ist doch ein Faktum. Daß wir das verurteilen und auch zum Ausdruck bringen, dagegen habe ich gar nichts. Aber wir können es doch in einer Sprache tun, die weniger – wie soll ich sagen – hart ist. (*Klepsch:* Wäre es nicht besser, Totalitarismus statt Zwangstaat zu sagen? – *Gerstenmaier:* Nein, das können wir nicht sagen. – *Unruhe.*)

Die Haltung zu diesem Problem ist doch ganz einfach. Wir wissen, daß die Sowjetunion in diesem Bereich herrscht. Die Methoden ihrer Herrschaft wählt sie je nach der Situation, und zwar ungehindert durch die übrige Völkerfamilie. Das ist die Lage.

Die Frage, wie man nun Stellung nimmt, wie man urteilt, welche Sprache man wählt, ist eine Sache der Zweckmäßigkeit. Das kann nur danach entschieden werden, wie müssen wir es unserem Volke sagen. Was erwartet unser Volk von uns als Aussage, und wie müssen wir es der Welt gegenüber sagen. Der Welt gegenüber nützt uns eine solche starke Sprache gar nichts, der Sowjetunion gegenüber schon lange nicht, denn die tut doch, was sie will. Es bliebe also die einzige Frage, was erwartet unsere Bevölkerung von uns.

Nach meiner Meinung erwartet unsere Bevölkerung von uns die klare Aussage: Was da passiert ist, ist schlimm. Das ist zu verurteilen. – Das haben wir ja getan; das hat die Bundesregierung getan. Das können wir ruhig wiederholen. Dagegen habe ich gar nichts. Ich weiß nicht mehr die Formel, die die Bundesregierung gewählt hat. Sie entspricht der Formel, die viele Staaten gewählt haben. Dann kommt ein gewisser Sprung, nämlich der Sprung von dem, was die Sowjetunion in ihrem Interessenbereich tut, und dem, was daraus möglicherweise an Bedrohungen über diesen Bereich hinaus zu befürchten ist, d. h. für uns in erster Linie Berlin und zweitens die Frage der Wiedervereinigung, die uns blockiert wird, wenn es heißt: Niemals darf ein sozialistischer Staat aus der sozialistischen Familie ausgebrochen werden. Ob wir das in einer solchen Resolution so schnell unterbringen können, das weiß ich nicht. Das muß in unserer prakti-

schen Politik gemacht werden. Deshalb bin ich dafür, klipp und klar zu verurteilen und dann die Konsequenzen zu ziehen. (*Gerstenmaier*: Ich kann nur sagen, Herr Bundeskanzler, die Sprache hat nach meinem Empfinden den Sinn, einen Tatbestand so adäquat wie möglich zu treffen.) Das ist politisch zwecklos! (*Gerstenmaier*: Hier steht zweierlei zur Debatte. Wir müssen sprechen mit der freien Sprache einer freien Partei! – *Unruhe*.) Die Partei ist nicht frei! Sie steht unter dem Zwang der Gegebenheiten genauso wie der Bundeskanzler! (*Anhaltende Unruhe*.) – Herr Niermann!

*Niermann*: Wir müssen eine Sprachregelung finden, die dem augenblicklichen Tatbestand gerecht wird. Wir mögen uns drehen und wenden, wie wir wollen, Herr Bundespräsident, mit dieser Aussage wird nicht der Bundesparteivorsitzende identifiziert, sondern der Bundeskanzler. (*Gerstenmaier*: In Moskau, ja! – *Kiesinger*: Nicht nur von Moskau aus. – *Unruhe*.) Der Herr Bundeskanzler hat uns vorhin die Thesen unterbreitet, die heute nachmittag ihm der russische Botschafter hier vorgelegt hat. Wenn wir den Ausdruck „kommunistischer Zwangsstaat“ gebrauchen, könnte das meines Erachtens schon als Einmischung in die internen Angelegenheiten ausgelegt werden. (*Kiesinger*: Natürlich!) Ich bin der Meinung, wir müssen hier eine Sprachregelung finden, um der augenblicklichen Situation gerecht zu werden, damit wir unseren Bundeskanzler dahingehend unterstützen, daß er auch glaubwürdig bleibt. (*Unruhe und Bewegung*.)

*Kiesinger*: Meine Herren! Lassen Sie mich jetzt einmal versuchen, eine Formulierung so ins Blaue zu sprechen: Die Ereignisse in der Tschechoslowakei haben aufs neue bewiesen, wie bedroht der Friede in Europa ist. (*Zurufe*: Die Freiheit!) Wenn wir „Freiheit“ sagen, dann ist schon wieder ein Sprung drin, schon wieder eine Einmischung. Haben wir einen Anlaß im Augenblick, uns da einzumischen? (*Klepsch*: Aber, Herr Bundeskanzler, ist nicht das Wort „Friede“ auch so auszulegen? Durch den Einmarsch wird der Friede bedroht. – *Unruhe*.)

Das würde ich anders sehen. Ich meine, wenn die Sowjetunion sich dazu entschließt, in dieser Situation einen solchen Gewaltakt zu setzen, daß sie dann gar nicht mehr berechnen kann, was sie damit auslöst. Ein solcher Zwangsakt kann, gegen ihr Kalkül, zur Bedrohung des Friedens allgemein werden. Deshalb meine ich, wir sollten „Frieden“ sagen. Sagen wir aber „Freiheit“, dann nimmt sie das sofort wieder auf und sagt: Aha, wiederum die Einmischung! Ihr verlangt Freiheit für die Völker des Ostens. – Das mögen wir verlangen, das mag unsere Intention sein, nur ist die Frage, ist es zweckmäßig, das jetzt zu sagen?

Ich würde ganz einfach sagen: Die Ereignisse in der Tschechoslowakei ... (*Lebhafte Unruhe und Bewegung*. – *Zuruf*: Die letzten Ereignisse ... – *Zuruf*: Der Ablauf der Ereignisse in der Tschechoslowakei hat erneut bewiesen, wie ...) Noch einmal: Der Ablauf der Ereignisse in der Tschechoslowakei hat erneut bewiesen, wie gefährdet der Friede in Europa ist.

Dann würde ich fortfahren, daß wir uns nach wie vor einsetzen wollen für die Annahme eines dauerhaften Friedens.

*Gerstenmaier*: Herr Bundeskanzler! Ich muß anmelden, daß ich unter keinen Umständen damit einverstanden bin! Ich finde, daß das jetzt zur Charakterfrage der Füh-

rung der größten Partei Deutschlands wird. (*Kiesinger*: Wieso denn?) Jetzt wird es ernst! Herr Bundeskanzler, wir können unmöglich das, was wir sprechen wollen als Bundesvorstand der CDU in letzter Instanz, dem Maßstab unterwerfen: Werden die Russen darin eine Provokation sehen, ja oder nein? Wenn sie sie sehen wollen, dann können wir sagen, was wir wollen, oder auch nichts sagen. Sie werden tun, was ihnen in den Kram paßt.

Wir begeben uns unserer Freiheit! Wir begeben uns unserer Spontaneität, unserer moralischen Äußerung! (*Unruhe*.)

*Kiesinger*: Wir haben keine moralischen Äußerungen abzugeben in der Politik! (*Gerstenmaier*: Doch!) Nein! Wir haben Politik zu machen, die im Interesse unseres Volkes liegt!

Und ich muß mich auf das entschiedenste dagegen wehren, daß hier eine Sprache gesprochen wird, die diese Interessen gefährdet!

Das hat mit Charakter gar nichts zu tun, im Gegenteil! Es ist besser, wenn man in einer solchen Situation – trotz der Gefühle, die wir alle teilen – eine Sprache spricht, die die Sache nennt, ohne daß man sich in die Gefahr begibt, sofort mißbraucht werden zu können durch eine Propaganda, die sich doch nicht nur innerhalb der östlichen Welt bewegt, und die auch berücksichtigt, daß man drüben auf der Lauer liegt, um eine Intervention vornehmen zu können und um sich im Falle einer solchen Intervention zu exkulpieren.

Sagen wir also klipp und klar, was ist, aber in einer Sprache, die nicht sofort wieder, indem man einen Satz herausgreift, gegen uns verwendet werden kann. Deswegen sage ich, jedes Wort muß überlegt werden, wie z. B. „Freiheit“. (*Gerstenmaier*: Wenn man das nicht sagt, hat es doch gar keinen Zweck! Denn es ist nicht nur der Friede, sondern auch die Freiheit gefährdet! Das ist doch das Mark der Sache, das uns angeht! – *Unruhe*.) Entschuldigen Sie, das ist nicht wahr! Und das ist nicht erwiesen! Es läßt sich durchaus die These aufrechterhalten, daß die Russen das in ihrem ohnehin zugestandenen Machtbereich vornehmen. Die Frage der Freiheit ist drüben nicht gestellt! Jedenfalls wird sie von uns drüben nicht gestellt. (*Stingl*: Aber die Menschen, die betroffen waren und sind, Herr Bundeskanzler!) Haben wir denn ein Bekenntnis abzugeben? (*Zurufe*: Ja! – *Anhaltende Unruhe*.) Nein, das haben wir nicht! Wir haben Politik zu machen! (*Stingl*: Der Friede war meiner Meinung nach auch nicht bedroht. – *Lebhafte Unruhe*. – *Gerstenmaier*: Eine moralische Angelegenheit.) Nein, Herr Stingl, weil sie das nicht unter Kontrolle halten können! Wer einen solchen Gewaltakt unternimmt, nehmen Sie mal an, die ganze tschechische Armee wäre über die Grenze gegangen ... (*Starke Unruhe*. – *Dufhues*: Dasselbe Argument gilt dann aber auch in gleicher Weise für die Freiheit!) Das Argument der Freiheit, Herr Dufhues, trifft doch die Interpretation, daß wir Freiheit für die drüben fordern. (*Anhaltende Unruhe*.) Die Frage ist ganz einfach, ob das in diesem Augenblick zweckmäßig ist. Daß wir auf eine Entwicklung hoffen, die auch denen drüben Freiheit bringt, ist klar. Warum sollen wir nicht sagen „Bedrohung des Friedens“? Das genügt doch. Das ist doch die Geschichte, auf die es ankommt. (*Gerstenmaier*: Das große Thema ist doch, daß der Friede bedroht ist, weil es um die

Freiheit geht. Deshalb ist der Friede bedroht. Das ist doch die Substanz der Sache! – *Unruhe.*)

Herr Bundespräsident! Wenn Sie sagen „Freiheit“, dann heißt das von drüben, Einmischung in die Interessen des sozialistischen Lagers. (*Gerstenmaier*: Das mag sein!) Wenn Sie sagen wollen, daß wir um unsere Freiheit besorgt sind, dann sagen Sie, daß die Freiheit und der Friede ... (*Anhaltende starke Unruhe.* – *Klepsch*: Der ursprüngliche Satz war besser, da waren Friede und Freiheit von uns aus gemeint.) Damit bin ich einverstanden. (*Gerstenmaier*: Und in Europa!) Das ist doch das große Problem. Ich habe dem Mann erklärt – und das müssen wir der Sowjetunion erklären: Wir mischen uns nicht ein in die inneren verfassungsmäßigen Verhältnisse des sozialistischen Lagers. (*Stingl*: Es geht um die Bedrohung des Friedens und unserer Freiheit!)

*Gerstenmaier*: Es gibt doch eine Solidarität mit der Freiheit in Europa. Herr Bundeskanzler, ich habe großes Verständnis dafür, daß Sie sich in Anbetracht dieser Intervention in einer besonderen Schwierigkeit befinden. Ich empfehle deshalb, dann ganz darauf zu verzichten. Wir müssen ja nicht jede Sitzung des Bundesvorstands mit Erklärungen beschließen. Aber wenn wir schon eine geben, dann muß sie so tonrein wie nur möglich sein.

*Dufhues*: Ich widerspreche nachdrücklich der Anregung von Herrn Gerstenmaier, keine Erklärung zu geben. Das wäre die erste Sitzung des Bundesvorstands, in der keine Erklärung herausgegeben würde. (*Unruhe.*)

*Kiesinger*: Meine Herren! Darf ich Ihnen einmal die Regierungserklärung vorlesen, die nach meiner Meinung genau das alles enthält:

„1. Die völkerrechtswidrige Invasion der Tschechoslowakei hat deren Souveränität tiefgreifend verletzt und eine schwere internationale Krise hervorgerufen. Diese Krise kann infolgedessen nur beendet werden, wenn die Souveränität des tschechoslowakischen Volkes vollständig wiederhergestellt und die Invasion rückgängig gemacht wird.“ (*Bewegung und Widerspruch.*)

Augenblick, meine Herren! Das ist in einem Augenblick geschehen, wo es der allgemeinen internationalen Sprache angeschlossen war.

„Die Bundesregierung hofft, daß diese Erkenntnis sich auch in der Führung der Sowjetunion durchsetzen wird.

2. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist durch das nordatlantische Bündnis gewährleistet, das in der Lage ist, Freiheit und Sicherheit aller seiner Mitglieder wirksam zu verteidigen.

3. Die Vorgänge in Osteuropa haben gezeigt, daß es mehr denn je notwendig ist, rücksichtslose Machtpolitik durch eine dauerhafte Friedensordnung zu ersetzen, die allen europäischen Staaten Sicherheit verbürgt. Die Bundesregierung wird daher ihre bisher realistische und illusionslose Arbeit für eine europäische Friedensordnung fortsetzen.

4. Diese Politik kann ohne gefährliches Risiko und mit der Aussicht auf Erfolg nur geführt werden auf der festen Grundlage der europäischen Gemeinschaft und des atlantischen Bündnisses.

tischen Bündnisses. Die Bundesregierung wird dafür eintreten, daß diese Fundamente der deutschen, europäischen und alliierten Politik verstärkt werden.

5. Die Bundesregierung bekräftigt ihre Entschlossenheit, auf dem Wege zu einer Friedensordnung alle offenen oder strittigen Fragen unter Verzicht auf Gewalt ausschließlich mit friedlichen Mitteln durch Verhandlungen zu lösen.<sup>71</sup> (Klepsch: Herr Bundeskanzler, ich schlage vor, daß wir diese Erklärung der Bundesregierung einfach übernehmen. – Lemmer: Wunderbar!) Das ist die Erklärung, die die Verurteilung des Schrittes enthält. Dann kann der Bundesvorstand einfach sagen, daß er – wie sollen wir das formulieren?

*Stoltenberg:* Herr Bundeskanzler, ich weiß nicht, ob es erfolgsversprechend ist, daß wir jetzt noch nach einem so arbeitsreichen Tag – insbesondere für Sie, Herr Bundeskanzler – eine Formulierung hier machen sollen. Ich schlage vor, daß der Bundesvorstand Sie und zwei Herren ermächtigt, einen Text entsprechend den Gedanken der Regierungserklärung zu formulieren. Dann kann das morgen früh herausgegeben werden. (*Lebhafte Unruhe.*)

*Kiesinger:* Den Gedanken habe ich auch schon gehabt. Meine Herren! Ich bitte Sie doch zu verstehen, mit welcher Sorge ich unsere Politik abzusichern versuche – nicht nur gegen die Sowjetunion. Daß die Sowjetunion weiß, was sie will, und entschlossen ist, das zu tun, was sie will, ist sicher.

Worauf es ankommt, ist doch, daß wir uns in Einklang setzen mit unseren Verbündeten. Das ist das Entscheidende der Stunde. (*Lebhafte Unruhe.*) In der Zwischenzeit hat sich einiges getan. – Herr Kohl!

*Kohl:* Ich bin mit dem Verfahren einverstanden, wenn sichergestellt ist – hier an diesem Punkt möchte ich unseren Freund Gerstenmaier unterstützen –, daß nicht nur die Stimmungslage nach außen, sondern auch die Stimmungslage nach innen berücksichtigt wird. Sie war ja sehr deutlich in der Regierungsverlautbarung als erste Reaktion enthalten. Aber das kann man heute so nicht mehr formulieren. Es sind inzwischen zehn Tage ins Land gegangen. Es muß ein Halbsatz oder ein Satz – das ist mir egal – mit anklingen, der aus der Sicht der größten deutschen Partei, in einer spezifischen Tradition der CDU, gesehen wird. Es soll kein Blabla und auch kein nationalistisches Gerasse sein, aber doch sozusagen die moralische Qualifikation der Position zeigen, auf der wir stehen.

Ich halte es gar nicht für so schwer, das zu formulieren; allerdings kann man es nicht um 23.00 Uhr in einem solchen Kreis und nach einem solchen Tag, den jeder von uns heute hinter sich gebracht hat, machen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich sehe auch kein Unglück darin, wenn es erst morgen früh herausgeht. Ich würde nur dringend darum bitten, daß neben dem Gedanken der Friedensordnung, so wie Sie es formuliert haben, auch ein Anklang davon zu spüren ist, was wir als Leute der CDU empfinden.

Es ist völlig richtig, daß wir gerade die allerjüngsten politischen Entwicklungen dabei berücksichtigen müssen, auch das, was wir heute hier im Hause erlebt haben. Auch

71 Regierungserklärung Kiesingers, die am 28. August im Kabinett behandelt worden war, am 25. September 1968, vgl. Sten.Ber. 5. WP 185. Sitzung S. 10049–1056, hier S. 10051.

für Sie, Herr Bundeskanzler, als dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands, soll gleichzeitig drin stehen, was zigtausende unserer Mitglieder und hunderttausende unserer Anhänger, unserer Stimmbürgler – um es einmal so zu sagen – empfinden.

Wir müssen es nach zwei Seiten hin artikulieren. Diese Formulierung muß ein bißchen über den nüchternen Regierungsstil – der hier durchaus angebracht war – hinausgehen. Es muß auch dieses Gefühl der Leute zum Ausdruck kommen, zwar nicht das Wort Solidarisierung, aber doch das, was hier mitschwingt, was wir nicht nur als Menschen in der Bundesrepublik, sondern auch als Europäer empfinden.

Ich habe keine Bedenken, wenn zwei oder drei von uns das übernehmen. Das wird auf alle Fälle besser, wenn es morgen früh formuliert wird, als wenn wir jetzt hier so weitermachen. Das ist ganz sicher.

*Kiesinger:* Ich erkläre noch einmal: Ich bin nicht gegen eine Feststellung des völkerrechtswidrigen Aktes. Das ist eine ganz klare Sache und eine ganz klare Aussage. Feindseligkeiten wird die Sowjetunion auch daraus heraushören. Aber wenn wir sagen „kommunistischer Zwangsstaat“, dann bekommt das eine andere Qualität.

Das allerschlimmste, was kommt: Tito, der im geheimen darauf wartet, daß wir ihm helfen, wird sich gezwungen sehen, wieder dagegen Sturm zu laufen. Das wäre ein höchst unerwünschtes Ergebnis. (*Klepsch:* Wir könnten sagen: Der Bundesvorstand billigt den Inhalt der Regierungserklärung und ermächtigt ein Gremium, das zwei Herren und Sie umfaßt, auf dieser Grundlage einen Beschuß zu formulieren.) – Herr Blank!

*Blank:* Ich widerspreche dem. Ich bin nicht geneigt, am nächsten Tag in der Zeitung zu lesen, an welchem Beschuß ich angeblich mitgewirkt habe. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich stimme dem nicht zu, meine Herren! Ich weiß doch nicht, was daraus gemacht wird. Wenn ich einer Resolution zustimmen soll, dann will ich sie in ihrem Wortlaut vorher kennen.

*Kiesinger:* Herr von Weizsäcker!

*Von Weizsäcker:* Aber ein Communiqué der Bundesvorstandssitzung haben wir doch nie kollektiv formuliert. (*Blank:* Aber vorher gehört. Ich bin dagegen.) Wir habe doch die möglichen Gesichtspunkte ausgetauscht. Wir wissen, daß eine moralische Qualität in der Sache sein muß. Wir dürfen aus moralischen Fragen nicht schlechthin Politik machen. (*Lebhafte Unruhe.*)

*Kiesinger:* Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten! Machen wir doch ein kleines Redaktionskomitee! Haben Sie doch Verständnis dafür, daß ich überlastet bin. Ich muß morgen in die schwerste Sitzung des Haushalts und der Mittelfristigen Finanzplanung. Setzen sich doch kurz diejenigen zusammen, von denen wir hoffen, daß bei ihnen ein Ergebnis herauskommt, das wir der Sache nach wollen. Ich würde vorschlagen den Herrn Bundestagspräsidenten. (*Gerstenmaier:* Soll der Bundeskanzler nicht dabei sein?) Ich halte mich zur Verfügung. Ich wiederhole: Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, Dr. Kohl und von Weizsäcker. (*Kohl:* Ich muß heimfahren heute nacht!) Nein, ich meine, jetzt! Nehmt eine Flasche Wein dazu. Ich halte mich draußen im Garten zur Verfügung. (*Sehr starke Unruhe.* – *Kohl:* Dufhues muß dabeibleiben! – *Dufhues:* Ich

muß weg! – *Gerstenmaier*: Es fällt mir schwer, mit diesen Halunken freundlich zu reden. – *Heiterkeit*.)

Freundlich nicht! Also, lassen Sie mich zunächst einmal heraus, weil Sie sagen, der ist doch befangen, der hat heute dem Zarapkin die Erklärung abgegeben. Formulieren Sie also, dann kann ich sagen, so geht es. (*Blank*: Ich stimme dem nicht zu!) Ja, wir haben es gehört! (*Sehr starke Unruhe*. – *Kohl*: Nehmen Sie Dufhues noch dazu! – *Dufhues*: Ich bin mit der Formulierung einverstanden.)

Meine Herren! Ich wünsche Ihnen guten Erfolg. Damit darf ich die Sitzung schließen.